

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2,00 Mark, monatlich 70 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46.
Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die fünfgespaltene Petizone oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 50 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 276.

Dienstag, den 25. November 1913.

20. Jahrg.

Hierzu eine Beilage.

Der Reichsetat für 1914.

In einer Sonderausgabe veröffentlicht die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ den „Entwurf für den Reichshaushalt und für den Haushalt der Schutzgebiete auf das Rechnungsjahr 1914“. Der ordentliche Etat schließt in Einnahme und Ausgabe mit

3 403 011 671 Mark

ab. Das sind 174 387 044 Mark weniger als im vorjährigen Entwurf. Für die Durchführung der Wehrvorlage sind eingelegt: 152 782 119 Mark an dauernden und 268 820 871 Mark an einmaligen Ausgaben, in Summa also 421 602 990 Mark. Zur Deckung dient zunächst der fällige Teil des Wehrbeitrags im Betrage von 393 820 871 Mark. Die Zölle, Steuern und Gebühren sollen einen Mehrbetrag liefern von 12 582 037 Mark; an Uberschüssen sind veranschlagt: Reichspost 100 321 931 Mark (weniger gegen 1913: 12 513 185 Mark); Reichsdruckerei 3 324 225 Mark (mehr: 143 560 Mark); Reichseisenbahnen 30 212 069 Mark (weniger: 1 179 820 Mk.); Bankwesen 18 271 000 Mark (mehr: 1 971 000 Mark). Die Matrifularbeiträge bringen — 80 Pfg. pro Kopf — 51 940 794 Mark. Hier wird den Einzelstaaten ein kleines Geschenk gemacht, denn für die Bemessung dieser Beiträge ist der Stand der Bevölkerung im Jahre 1910 zugrunde gelegt.

Zur Schuldentilgung werden bereitgestellt bei der Reichspost 4 411 106 Mark; Eisenbahnverwaltung 742 766 Mark; Schutzgebiet Togo 54 069 Mark; Südwestafrika 261 092 Mark; aus allgemeinen Reichsmitteln 63 414 366 Mark. Die Reichsschulden beliefen sich am 31. März 1913 auf

4 805 796 200 Mark.

Diese Schuldenlast kann, wenn alle noch offenen Kredite begeben werden, bis zum 31. März 1914 steigen, auf

5 200 000 000 Mark.

Die hauptsächlichsten Einnahmequellen sind, abgesehen von der Reichspost und der Eisenbahnverwaltung, von welchen beiden nur die Uberschüsse der Reichsstafte zufließen:

Zölle	712 930 000 Mk.
Tabaksteuer	10 876 000 „
Zigarettensteuer	39 202 000 „
Zuckersteuer	163 252 000 „
Salzsteuer	61 144 000 „
Brauwertsteuer	193 995 000 „
Brausteuern	128 950 000 „
Leuchtmittelsteuer	15 866 000 „
Zündwarensteuer	21 035 000 „
Essigsäure-Verbrauchsabgabe	825 000 „
Schamweinsteuer	9 970 000 „
Spielfarten- und Wechselstempel	21 132 950 „
Reichs-Stempelabgaben	250 085 000 „
Erbischaftsteuer	50 000 000 „
Wehrbeitrag	393 820 871 „

An der Spitze der fortdauernden Ausgaben steht die Verwaltung des Reichsheeres mit 871 805 789 Mk. Verwaltung der Marine mit 221 062 617 „ Allgemeiner Pensionsfonds mit 145 276 920 „ Die fortdauernden Ausgaben kosten

1 238 145 326 Mark.

Dazu kommen einmalige Ausgaben:

Verwaltung des Reichsheeres	344 823 048 Mk.
Verwaltung der Marine	237 479 550 „

In Summa also: 582 302 598 Mk.

Für die Marine stehen dann noch im außerordentlichen Etat 29 410 000 Mark, so daß die Rüstungsausgaben insgesamt betragen

1 849 855 924 Mark.

Nicht berücksichtigt sind hierbei die Kosten für das Reichsmilitärgericht und diverse Ausgaben von minderer Bedeutung. Die anderen Ausgaben des Reichs verschwinden fast, diesen Riesensummen gegenüber. Es erfordern insgesamt:

Reichsamt des Innern	119 968 174 Mk.
Reichs-Justizverwaltung	2 807 305 „
Auswärtiges Amt	21 065 337 „
Reichsfinanzamt	47 904 343 „
Reichs-Kolonialamt	26 832 483 „

Der ordentliche Etat der Schutzgebiete

in Einnahmen und Ausgaben auf	110 123 298 Mk.
der außerordentlichen Etat auf	57 014 477 „
die Schutzgebietschuld auf	10 529 363 „
der gesamte Etat der Schutzgebiete beträgt	177 667 138 „

Die Reichszuschüsse an die Schutzgebiete belaufen sich im kommenden Etatsjahr auf

30 795 642 Mk.

Das Auswärtige Amt schafft einige neue Konsulate im Ausland, wandelt niedrigere Stellen in höhere um und spendet den Botschaftern eine kleine Liebesgabe. Es werden nämlich 650 000 Mark neu gefordert und damit begründet:

„Die von den Botschaftern bisher getragenen Kosten für Heizung, Beleuchtung, Wasserversorgung usw. der Geschäfts- und Gesellschaftsräume sind auf die Reichsstafte übernommen worden.“

Mit den Botschaftern fängt man an, im nächsten Jahr kommen dann die Gesandten, dann die Ministerresidenten, Generalkonsule usw., so daß diese Ausgabe mit der Zeit recht erheblich werden dürfte.

Das Reichsamt des Innern fordert eine Anzahl von neuen Beamten, eine Forderung, die mit dem Anwachsen der Geschäfte begründet wird. Eine geradezu unübersehbare Liste von Forderungen hat aber das Kriegsministerium aufgestellt. Darunter befinden sich: Einrichtung eines besonderen Pressereferats in der Ministerialabteilung, einer 9. Abteilung im Allgemeinen Kriegs-Departement und einer Kunststelle über Zivilversorgung der Offiziere im preussischen Kriegsministerium, Erhöhung des festen Bestandteils des Beköstigungsgeldes, Gewährung eines besonderen Verpflegungszuschusses an die am Standort auf Selbstbeschaffung der Verpflegung angewiesenen Unteroffiziere und Mannschaften, Erhöhung des Wohnungszuschusses für Soldatenfamilien bei dienstlicher Abwesenheit der Männer, Gewährung des Beköstigungsgeldes der Unteroffiziere an sämtliche Kapitulanten während eines Umlaubs, Verbesserung der Beleuchtung in den Mannschaftsstuben und Kasernenkrankenzustuben durch Vermehrung der Petroleumlampen und Erhöhung der Zahl der Brennstunden, Erhöhung der Dienstprämie für Unteroffiziere nach zwölfjähriger aktiver Dienstzeit und Verzinsung der Dienstprämie, Neuregelung des Stall- und Geschäftszimmerzwieses, Schaffung eines besonderen Fonds zu Wohlfahrtszwecken für Arbeiter und Arbeiterinnen. Eine Menge neuer Stellen werden gefordert, in die man Offiziere aus der Front abschieben kann. Sie bleiben dort, bis sie zum Bezug einer höheren Pension berechtigt sind, dann werden sie pensioniert, um andern Platz zu machen. Dazu Kasernenbauten, Dienstgebäude, für Mörchingen sogar der Bau eines eigenen Wohngebäudes für zwei Hauptleute.

Das Reichsmarineamt unterbreitet einen Forderungszettel, der sich auch sehen lassen kann. Hier stehen hauptsächlich die Schiffsbauten im Vordergrund. Daneben ist geplant, die Neuregelung der Bordabzüge, deren Abstufung der Höhe des Gehaltes angepaßt werden soll, die Vereinfachung der Abfindungsgrundsätze der im Interesse ihrer Zivilversorgung vom Marineteil abwesenden Militäranwärter; die Erhöhung der Dienstprämie für Unteroffiziere; die Erhöhung des Tafelgeldes für die Teilnehmer an den Jahrsriess, Seefadetten, Aspiranten- und Dekoffiziermessen; die Verbesserung der Verpflegungsverhältnisse für an Land befindliche Mannschaften; die Erhöhung der Kleiderausstattungsbeihilfen und Kleidergeldzuschüsse für Feldwebel, Wachtmeister, Vizefeldwebel, Ingenieur- und Zahlmeisterappellanten; die Gewährung von Kleiderausstattungsbeihilfen und Kleidergeldzuschüssen an Unteroffiziere von mindestens 15jähriger Dienstzeit.

Die Zinsen für die Reichsschuld betragen

184 196 847 Mark.

Angeichts dieser ungeheuren Summen, die für unproduktive Zwecke ausgegeben werden, ist die Frage berechtigt: wo bleibt die Fortführung und Weiterbildung der Sozialpolitik? Nicht einmal die Mittel für die Herabsetzung der Altersgrenze für den Bezug der Altersrente auf 65 Jahre ist vorgesehen. Für solche Zwecke hat das Reich, das Milliarden für Rüstungszwecke ausgibt, keine Mittel zur Verfügung. Zur Unterstützung der Opfer für Arbeitslosigkeit ist nicht ein Pfennig in den Etat eingelegt. Die Fürsorge für das Volk muß der Fürsorge für die Rüstungsinteressen weichen, bis dem Volk endlich einmal die Möglichkeit geboten ist, aus dem Militarstaat einen freien Volksstaat zu machen.

Der Vollständigkeit halber wir noch die Etats der verbenden Anstalten des Reichs an. Die Ausgaben der Reichspost belaufen sich im ordentlichen Etat auf 750 677 248 Mark; im außerordentlichen Etat auf 30 287 321 Mark. Die Einnahmen betragen 881 286 500 Mark. Die fortdauernden Ausgaben der Reichseisenbahnverwaltung beziffern sich auf 114 516 860 Mark, die einmaligen Ausgaben auf 17 517 071 Mark. Die Einnahmen sind veranschlagt mit 162 246 000 Mark. Von dieser Summe bleiben nur die bereits oben angeführten Uberschüsse in der Reichsstafte.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Gegen die bürokratische Organisation der Angestelltenversicherung

wendet sich mit aller Schärfe der vom Geschäftsführer Dr. Hoff erstattete Jahresbericht des Vereins der Deutschen Eisen- und Stahlindustrien. Es wird darauf hingewiesen, daß bei dieser neugegründeten Versicherung für 1913 bereits an Organisationskosten 1 853 000 Mark in Rechnung gestellt sind. Es wird gefragt, welche Summe die Verwaltung erst erfordern wird, wenn die ersten Anwärter einen Rentenanspruch erheben können. Dabei müssen die Verwaltungskosten, da der Staat keinen Zuschuß leistet, allein von den Versicherten und den Arbeitgebern aufgebracht werden.

Der Schrei nach dem Streikbrecherstrich

wird in dem Jahresbericht des Arbeitgeberverbandes der norddeutschen Gruppe des Vereins Deutscher Eisen- und Stahlindustrieller wieder einmal erhoben. Es wird daran erinnert, daß das Kaiserwort aus Bielefeld vom 17. Juni 1897 noch immer seiner Erfüllung harre: „Rücksichtslose Niederwerfung jeden Umsturzes und die schwerste Strafe dem, der sich untersteht, seinen Nebenmenschen, der arbeiten will, an der freiwilligen Arbeit zu hindern.“ — Es ist gut, daß die Scharfmacher gerade in der Zeit der schärfsten Streikjustiz auch noch an dieses Kaiserwort erinnern.

Ein christlich-sozialer Wahlschwindel.

Vor dem Schöffengericht in Dillenburg wurde jetzt ein ungeheurer Wahlschwindel aufgedeckt, der von den Leitern des Bundes der Landwirte und der christlich-sozialen Partei im Dillkreis, Oberwesterwaldkreis, bei der preussischen Landtagswahl 1908 verübt wurde. Die nationalliberalen Wahlmänner erhielten gefälschte Telegramme, durch die sie von der Teilnahme an der Wahl abgehalten werden sollten, andere versuchte man telephonisch von der Wahl zurückzuhalten, wieder anderen wurde versprochen, sie würden im Automobil abgeholt und sollten nicht mit der Bahn fahren. Das Automobil kam natürlich nicht und wer der Aufforderung nachgegeben war, veräumte die Wahl.

Gelegentlich der Reichstags-Wahl 1912 verriet nun der Schneider August Fehling aus Dillenburg, daß er seiner Zeit im Auftrage eines Herrn Volland, Beamter des Bundes der Landwirte, des Generalsekretärs Ruffer und des Redakteurs Ofehr von der christlich-sozialen Partei den Schwindel gemacht habe. In der jetzigen Gerichtsverhandlung wurden diese Angaben bestätigt. Ein Galtwirt Sturm, in dessen Wirtschaft die Verhandlungen zwischen Fehling und den Anklägern des Schwindels stattgefunden, sagte aus: „Ofehr, Ruffer und Volland waren am Abend vor der Landtagswahl in meiner Wirtschaft zusammen mit Fehling und sprachen darüber, wie man nationalliberale Wahlmänner herüberziehen könne, um die Stimmenmehrheit zu bekommen. Fehling wurde beauftragt, an einige Wahlmänner zu telephonieren, damit sie von der Wahl abgehalten würden. Es wurde auch darüber verhandelt, Telegramme abzuschicken. Am anderen Tag erzählte mir Fehling, er würde 25 Mark für seine Leistungen, Schreiben von Briefen usw. bekommen.“ Auf die Frage des Verteidigers sagte Sturm weiter: „Es kam ausdrücklich zum Ausdruck, daß die Wahlmänner, deren Namen einzeln aufgeführt wurden, von der Wahl abgehalten werden sollen.“ — Die durch diese Zeugenaussage entlarvten christlich-sozialen Wahlschwindler hatten den Mut besessen, einige Nationalliberale wegen Beleidigung zu verklagen, als sie den Wahlschwindel öffentlich behaupteten; natürlich wurden die Nationalliberalen freigesprochen.

Mer Anjang ist schwer.

Einige Ausgabeposten im Etat des Auswärtigen Amtes werden dahin gedeutet, als ob endlich die Reform des auswärtigen Dienstes eingeleitet werden sollte. Es werden Summen gefordert, aus denen den Attaches und den Legationssekretären im Falle der Bedürftigkeit besondere Zuschüsse gewährt werden können. Praktische Bedeutung, wenigstens in dem Sinne, daß der Kreis der Anwärter für den auswärtigen Dienst erweitert wird, werden diese Forderungen nicht haben. Jedenfalls kann nicht davon die Rede sein, daß nunmehr den Rinderbemtelteten der Eintritt in den diplomatischen Dienst erleichtert wird. Geradezu erheitend mutet es aber an, wenn die „Berliner Neuesten Nachrichten“ glauben, daß auch die Forderung von 650 000 Mark eine solche Erleichterung in sich schließt. Diese 650 000 Mark sind dazu bestimmt, daß den Botschaftern die Kosten für Heizung und Beleuchtung ihrer Dienstgebäude ersetzt

Liter jedem durch ein offenes Fenster in die betretende Wohnung gelangt zu sein.

pb. Unzug. In einem Hause der Mengstraße haben sich zwei Kellerfensterlöcher, die vermutlich durch Unzug tretende Personen dorthin verschleppt worden sind, angefordert. Der rechtmäßige Eigentümer wird ersucht, sich auf der Polizeiwache im Königsteigebäude zu melden.

Neues Stadttheater. Man schreibt uns: Von den Aufführungen des dieswöchigen Spielplans dürfte naturgemäß Mozarts „Zauberflöte“, die am Donnerstag seit langem wieder zum ersten Male gegeben wird, besonderes Interesse beanspruchen. Die überaus schwirren ersten Partien dieser wundervollen Schöpfung sind durch die Damen Wessing und Lambach (Königin der Nacht und Pamina) und die Herren Schubert, Kollwitz und Siegle (Sarastro, Tamino und Papageno) in die besten Hände gekommen. Die reichhaltigen Dekorationsvorrichtungen werden durch dieses Werk geschaffene Dekorationen in künstlerisch hervorragender Weise erfüllt. — Für Mittwoch ist die erste Niederholung der am Sonntag mit außerordentlichem Erfolg gegebenen Operette „Königin“ verzeichnet. — Für Freitag nochmals Gerhart Hauptmanns „Biberpeitz“ — Komödie und mit einer dritten „Meisterfänger“-Aufführung wieder mit Herrn Kapellmeister Furtwängler als Gast wird die Reihe der Aufführungen dieser Woche geschlossen.

Schlutup. Parteiversammlung. Am 22. Nov. tagte hier eine ordentliche Mitgliederversammlung des sozialdemokratischen Vereins, Ortsgruppe Schlutup. Nachdem die üblichen Formalitäten erledigt waren, wurden beim Tagesordnungspunkt Verschiedenes 1. die amtlichen Dienststunden für die amtliche Geschäftsstelle in Schlutup kritisiert. Die amtliche Bekanntmachung lautet: Zum 1. April 1918 wird in Schlutup, Westloerstr. 1. eine amtliche Geschäftsstelle für den Stadteil Schlutup errichtet, welche den Verkehr des Publikums mit den Behörden zu vermitteln bestimmt ist. Die Geschäftsstunden sind bis auf weiteres von 9—12 und 3—5 Uhr festgesetzt. Lübeck, den 28. März 1918. Das Stadt- und Landamt. Nun konnte ein großer Teil der hiesigen Einwohner den Umfragezettel, welche die Steuerbehörde den Hausbesitzern vorstehen übermittelte, in den Mittagsstunden nicht los werden, weil derselbe Beamte in demselben Lokal Dienststunden für das Standesamt hat. Derselbe überstand zeigte sich auch bei der Entrichtung der Steuer; entweder muß mancher, um seine Steuer zu zahlen, Arbeitszeit verjähren oder er muß der Post den Tribut zahlen. Die Versammlung war der Meinung, daß der Verkehr mit den Behörden in dieser Sache ebenso wie in der Stadt bis 1 Uhr ausgedehnt werden könne. Einen Briefkasten könnte sich die amtliche Geschäftsstelle auch zulegen, in den, wenn gegebenen Falls wieder Umfragen gehalten werden, diese ohne weiteres hingelegt werden können. Der Beamte und das Publikum erspart dadurch Zeit. 2. Wurde das Verlangen nach einer Badeanstalt wieder laut. Wenn auch die heutige Witterung nicht zum Baden lockt, so ist eine Badeanstalt für den Sommer ein großes Bedürfnis. Obwohl Schlutup sozusagen von Wasser umgeben ist, mangelt es doch an Badeplätzen, wo man gefahrlos und den Anstand nicht verleidend baden kann. 3. Unser Straßenbild sieht im Winter trostlos aus. Man kann sagen, der Schlamm auf den Straßen ist ein unvermeidliches Übel. Besonders in der Westloer Straße. Die Straße Hintern-Höfen und Hasenstraße ist eine der verkehrsreichsten, zugleich aber auch die gefährlichste, weil sie für den Verkehr zu schmal ist. Was sie bei ihrer Anlage den Anforderungen des Verkehrs entsprechen haben; heute, bei dem Industrieverkehr, ist sie namentlich gegen Abend lebensgefährlich. Schrittfahren steht an mehreren Stellen in der Straße. Das gilt wohl für Kinderwagen und Schiefkarren, denn sonst würden die Fuhrwerke der Räucherer sich auch vielleicht danach richten. 4. Das Wahlergebnis der Meißlinger Wahl. Der intensiven Agitation der Meißlinger Genossen haben wir es zu danken, daß wir den 18. Genossen in der Bürgererschaft haben. Also machen wir es ihnen nach und erinnern wir die Säumigen an ihre Pflicht, das Bürgerrecht zu erwerben.

Schwartau. Das Versicherungsamt in Cutin macht zu den Wahlen der Vertreter und Ersatzmänner zur Allgemeinen Ortskrankenkasse für das Fürstentum Lübeck bekannt: Besondere Wählerlisten werden nicht aufgestellt. Zur Prüfung der Wahl- und Stimmberechtigung dient das Arbeitgeber- und Mitgliederverzeichnis. Die Wähler des Amtsgerichtsbezirks Cutin können auf der Regierung, Zimmer 24, die Wähler des Amtsgerichtsbezirks Schwartau beim Stadtmagistrat Schwartau und die Wähler des Amtsgerichtsbezirks Ahrenshöf beim Stadtmagistrat Ahrenshöf die Arbeitgeber- und Mitgliederverzeichnisse während der Bureaustunden einsehen. Etwas Einsprüche gegen die Richtigkeit der sich aus dem Arbeitgeber- und Mitgliederverzeichnisse ergebenden Wahl- und Stimmberechtigung sind bei Vermeidung des Ausschlusses bis spätestens zum 29. November 1918 unter Beifügung von Beweismitteln beim Versicherungsamt einzulegen. Die zugelassenen Wahlvorschlüge können vom 8. Dezember an auf der Regierung, Zimmer 24, beim Stadtmagistrat Schwartau und beim Stadtmagistrat Ahrenshöf eingesehen werden. In Schwartau können Arbeitgeber und Arbeitnehmerverzeichnisse bis zum 14. Dezember beim Stadtmagistrat während der Bureaustunden vorm. von 9—1 Uhr und nachm. von 3—7 Uhr eingesehen werden. Einsprüche dagegen können bis zum 29. November dajelbst zu Protokoll gegeben werden.

Wahlente. Achtung, Parteigenossen! Am kommenden Donnerstag von 4—7 Uhr finden im Hotel „Lauenhede“ die Ergänzungswahlen zum Ortsauschuß statt. Unsere Gegner arbeiten mit Hochdruck gegen uns. Deshalb ist es notwendig, daß unsere Parteigenossen alles daran setzen, um den Sieg an unsere Fahne zu heften. Jeder wahlberechtigte Genosse und Freund unserer Sache muß unbedingt von seinem Wahlrecht Gebrauch machen.

w. Mölln. Der Tag der Stadtverordnetenwahl, der 29. November, rückt näher. In unserer Bürgererschaft hat sich die Aufregung über die Stadtverordnetenprovision und der Neue Bürgerverein muß heute abend mit der Wahl nochmals befaßt — da der bisher von diesem Verein nominierte Schlossermeister Diesel keine Kandidatur niedergelegt hat — er muß einen anderen Kandidaten aufstellen, sonst herrscht die nötige Ruhe. Die bürgerlichen Blätter gingen auf die Schmiergeldaffäre recht widerwillig ein. Der „Lübecker General-Anzeiger“ brachte 8 Tage, um den rechten Ton zu finden und um dann ebenso wie die „Möllner Zeitung“ erstaunt zu verkünden, daß man eigentlich von zu frühiger Seite Aufklärung erwartet habe, deshalb die Verzögerung. O diese Leichtgläubigen! Sie vermuteten also, daß die städtische Verwaltung der Deffektivität den Sachverhalt mitteilen sollte; die Realität kann eigentlich nicht größer sein als bei den beiden Blättern. Aber ist es die Absicht, das unliebsame Vorkommnis möglichst zu vertuschen? Ja, wenn etwa ein Arbeiter betrunken gewesen wäre, dann... Ja Bauer, das ist ganz was anderes, dann legt die Berichterstattung prompt ein. Unsere Leser

wollen diesen Vorkommnissen die nötige Beachtung schenken und unablässig für die Wahl der sozialdemokratischen Kandidaten agitieren. Wähler! Es handelt sich bei der bevorstehenden Wahl nicht nur darum, durch die Abgabe der Stimme für die sozialdemokratischen Kandidaten Protest gegen die hier herrschenden Zustände einzulegen, nein, es muß alles daran gesetzt werden, die sozialdemokratischen Kandidaten zum Siege zu verhelfen. Sehen doch in der Provinz Bestrebungen um, das so schlechte Wahlrecht zu den Stadtverordnetenwahlen weiter zu verschlechtern. Deshalb an die Arbeit! Ruht jede Stunde, weckt die Gleichgültigen und die Launen, sorgt für Massenbesuch der öffentlichen Versammlung am Donnerstag abend im Lübeckerhof.

Hamburg. Der Raubmord in Moorfleth. Wie noch in aller Erinnerung sein dürfte, wurde am Abend des 8. September d. Js. die Ehefrau des Gemüßbauers Eggers in Moorfleth im Keller ihrer Behausung ermordet aufgefunden. Einige Tage nach dem schrecklichen Fund gelang es auch, den Täter zu ermitteln und in Haft abzuführen. Es war der am 25. Oktober 1891 in Moorfleth geborene Steinhilber Rudolf Albers, der, nach anfänglichem Leugnen, später ein umfassendes Geständnis ablegte. Albers hat nach Beendigung seiner Militärzeit im Herbst 1912 — er brachte es bis zum Gefreiten — zunächst bei dem Steinhilbermeister Scheffler in Billwärder gearbeitet, wo er sehr gut verdient hat. Im Sommer d. J. lernte er die bei dem Landmann St. in Moorfleth dienende Köchin S. kennen, mit der er sich bald verlobte. Am 27. September d. J. sollte schon die Hochzeit sein. Er mietete am Deich eine Wohnung und besprach mit seiner Braut die Anschaffung des nötigen Mobiliars. Das Mädchen verfügte nur über zirka 200 Mk., die sie zur Einrichtung der Hauslichkeit hergeben wollte. Albers brauchte aber, wie er zu ihr sagte, das Geld nicht, da er selbst über genügend Barmittel verfügte. Das war aber nicht wahr. Er machte

er in einen Verstoß, wo er die Hunde, die inzwischen zu heulen angefangen hatten, mit einem Hammer tödlich. Auf seinem Rundgang durch den Keller kam ihm die Befürchtung, daß Frau Eggers möglicherweise doch nicht tot sei. Er schleifte nun den Körper der Frau nach dem hinteren Raum, legte ihn einen auf der Pferdeleiste liegenden Strid um den Hals und hängte sie an einem Deckenhaken auf. Jetzt ging er auf die Suche nach Geld. Er ging wieder nach oben, machte sich an die Veräubung des Geldschrankes, durchwühlte alle Behältnisse und nahm so viel, wie ihm möglich war, zu sich. Das erbeutete Geld versteckte er bis auf 400 Mk. zunächst im Schiffe des Herrenbrooks. Dann fuhr er nach Altona, wo er noch am selben Abend die gekauften Möbel bezahlte. Am nächsten Tage entnahm er seinem Versteck einen weiteren Geldbetrag, fuhr wieder nach Altona, um noch einen Umbau zum Preise von 35 Mk. zu kaufen. Am 10. September holte er den Rest des Geldes aus seinem Versteck, steckte 300 Mk. zu sich und versteckte das übrige Geld neben dem zu seinem elterlichen Hause gehörigen Schauer, wo auch später tatsächlich noch 1212 Mk. gefunden wurden. Die geistige Verhandlung vor dem Schwurgericht ergab die Richtigkeit der vorstehend wiedergegebenen Tatsachen. Albers bestritt die Tat mit Ueberlegung ausgeführt zu haben. Die Geschworenen erklärten den Angeklagten des Raubmordes für schuldig, worauf er zum Tode verurteilt wurde.

Hamburg. Ein internationaler Gauner verhaftet. Von der hiesigen Polizei wurde der internationale Schwindler und Hotelchwinder Sanchez y Hernandez, der aus Venezuela stammt und 21 Jahre alt ist, verhaftet. Der Verhaftete hat vom kolumbianischen Konsulat in Berlin Geld erschwindelt und auch das Herrenmodehaus „Prince of Wales“ in Berlin geschädigt. Wegen der gleichen Delikte war er bereits in London verhaftet worden. Sanchez y Hernandez kam von Paris nach Hamburg, um hier ebenfalls seine Schwindeltaten vorzunehmen. Er wurde in einem Hotel festgenommen.

Altona. Mord. Der Glendreher Karlemann erschloß auf offener Straße an der Ecke der Allee- und Hospitalstraße seine Längere Zeit von ihm getrennt lebende Ehefrau. Als er die Waffe gegen sich selbst richten wollte, trat sein Schwager dazwischen und entwoffnete ihr.

Barel. Kommunalwahlen. Bei der Stadtratswahl in Barel in Oldenburg siegte mit über 100 Stimmen Mehrheit die sozialdemokratische Liste. Unsere Genossen hatten die Einführung der Verhältniswahl, die von der Mehrheit des Parlaments zweimal abgelehnt worden war, zur Wahlparole gemacht. Um zu zeigen, daß es unseren Genossen ehrlich um den Proporz zu tun ist, unterwarfen sie sich freiwillig demselben und stellten neben Sozialdemokraten auch bürgerliche Kandidaten, welche sich für die Einführung der Verhältniswahl verbürgten, auf.

Theater und Musik.

Neues Stadttheater. Als Lohengrin in Wagners gleichnamiger Oper errang hier gestern abend der Hamburger Helldentor Hensel einen außerordentlichen Erfolg. Dieser Gralritter wich ab von der Schablone. Die Darstellung war hehrheitsvoll und doch von echter Empfindung getragen. Dazu sind in allen Lagen wohlklingende, von befruchtendem Klangreiz erfüllte Organe, das stets den richtigen, bewingenden Ausdruck findet. Nicht endemüllender Beifall rief den Künstler und die übrigen Träger der Hauptpartien, die mit dem Gast im edlen Wettstreit standen, immer wieder vor die Rampe.

Sprechsaal.

Für den Inhalt dieser Rubrik übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.)

Recht traurige Zustände herrschen am Wasserbau unter der Leitung des Bauwarts Maier. Die Arbeiter, welche die Einfrichtung um die Holzlagerplätze herzustellen haben, sind während der Frühstücks- und Mittagspause Wind und Wetter ausgesetzt. Besonders muß es unangenehm berühren, wenn man die alten Arbeiter mit dem Eisentopf in der Hand hin- und herlaufen und ab und zu einen Löffel voll herunter-schlucken sieht. Die Herren wissen doch, daß es verboten ist, hinter den Holzstapeln zu hocken. Am Freitag ist nun eine Schute zur Verfügung gestellt worden, aber es können nur drei Arbeiter in der Hube, die auf derselben vorhanden ist, Platz nehmen und neun Arbeiter sind vorhanden. Hoffentlich tragen diese Beilen dazu bei, daß hier Abhilfe geschaffen wird. Den Arbeitern aber rufen wir zu: Tretet ein in den Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter, dann werden diese traurigen Verhältnisse durch die Organisation beseitigt werden.

Volksfürsorge.

Gewerkschaftlich-genossenschaftliche Versicherungs-Altkien-Gesellschaft.

Bureau: Johannisstr. 48, pt.

Geöffnet: Wochentags abends von 7½—9 Uhr.

Nähere Auskunft über die Volksfürsorge wird im Bureau erteilt. Ferner werden Anträge zur Aufnahme in dieselbe im Bureau und von den Hilfskassierern der Gewerkschaften entgegengenommen.

Verantwortlich für die Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete“ und die mit P. L. gezeichneten Artikel: Paul Löwig, für den gesamten übrigen Inhalt Johannes Stelling. Verleger: J. H. Schwarz, Druck: Friedr. Meyer & Co. Sämtlich in Lübeck.

Inserate

finden durch den „Lübecker Volksboten“ in den Kreisen des werktätigen Volkes weite Verbreitung und größte Beachtung. Wer auf Erfolg rechnet, inseriere im „Lübecker Volksboten“

! Nie erlahmen! darf die Arbeiterschaft

in dem Bestreben, für ihre Ziele Propaganda zu machen. Das beste Hilfsmittel dabei ist die Arbeiterpresse. Jetzt ist die beste Gelegenheit, neue Leser und Abonnenten zu werben. An dieser Arbeit muß sich jeder Arbeiter, jeder Parteigenosse beteiligen. Jeder muß dessen eingedenk sein, daß es Pflicht ist, bei jeder Gelegenheit

für den Lübecker Volks- boten zu agitieren!

sich um die Beschaffung des nötigen Geldes vielmehr große Sorge. Er wollte seiner Braut auch nicht eingestehen, daß er ihre unwarne Angaben gemacht hatte. Schließlich kam er auf den schrecklichen Gedanken, durch ein Verbrechen sich in den Besitz von Geldmitteln zu setzen. Der Gedanke verließ ihn nicht mehr. Immer wieder kam ihm die Idee eines Raubmordes. Am Nachmittag des 7. September besuchte A. seine Braut in Harburg. Er benutzte dabei die Gelegenheit, als er einen Augenblick in der Küche allein war, aus dem Dienstbuch des Mädchens, in dem, wie er wußte, ein Hundertmarkschein lag, diesen einzustecken. Der Diebstahl war von ihm eine schlauere Berechnung. Er sagte sich nämlich, daß es auffallen könnte, wenn er nach Berührung des geplanten Verbrechens im Besitz von größeren Geldmitteln sei. Am folgenden Nachmittag hörte er mit seiner Arbeit auf, um mit seinem Kollegen W. den Bergedorfer Markt zu besuchen. Die beiden machten sich auch auf den Weg nach dem Bahnhof Billwärder-Moorfleth. Auf dem Wege wußte Albers es einzurichten, daß er seinem Begleiter den Hundertmarkschein zeigte. Als sie auf dem Bahnhof angelangt waren, wollte A. nicht mehr mitfahren. Er wollte erst, so erklärte er, nach Hause gehen und ein anderes Jackett anziehen und mit dem nächsten Zuge nachkommen. Auf dem Wege zu seiner Wohnung kehrte er dann noch in eine Wirtschaft ein, wo er mehrere Glas Bier trank und seinen Hundertmarkschein wechelte. Im Hause angelangt, traf er bei den Eltern seine Braut an. Das Mädchen sowie seine Mutter erzählten ihm, daß sie am Morgen bei dem Mobilienhändler M. in Altona Mobilien gekauft und darauf 15 Mk. anbezahlt hätten. Die Mutter machte ihm den Verstoß, sofort nach Altona zu fahren und die Möbel gegen Bezahlung abzuholen. Jetzt kam ihm seine Mittellosigkeit erst recht zum Bewußtsein und der Gedanke nährte wieder an ihm, ein Verbrechen zu begehen. Den Plan, nach Bergedorf zu fahren, gab er jetzt auf. Als er mit seinen Angehörigen am Kaffeetisch saß, kam eine Nachbarin, die fragte, ob sie einige Köpfe Kohl erhalten könne. Albers erbot sich, den Kohl abzugeben. Unter Mitnahme eines großen Schlachtermessers verließ er das Haus. In der Nähe des Hauses des Landmannes Eggers — er wußte, daß E. wohlhabend war — stieg ihm wieder der Gedanke nach Geld auf. Er ging in das Haus und traf an der Tür Frau Eggers. Zunächst hat er sie, ihm zum Ankauf von Möbeln 400 Mk. zu leihen. Frau Eggers erklärte jedoch, kein Geld zu haben. A. ließ sich ohne weiteres aber nicht abweisen. Als er dann immer weiter in sie drang, wurde sie ärgerlich und wies ihm die Tür. Jetzt schritt Albers zur Tat. Er packte die Frau und warf sie zu Boden. Obwohl sie bat, sie doch loszulassen, da sie ihm Geld geben wollte, warf er sich auf sein Opfer. Er ergriff einen zufällig in der Nähe liegenden Saß, deckte ihn den über Gesicht und Hals und drückte ihr über den Saß mit beiden Händen die Kehle zu. Er wollte die Frau nicht wieder loslassen, da er befürchtete, sie würde ihn später doch verraten. Nachdem er die Frau eine ganze Zeitlang am Hals gewürgt hatte, ließ er sie, da er dachte, sie wäre tot, los. Zunächst ging

Nach langem schweren Leiden starb
unser lieber **Carl**, Vender, Nefte
und Enkel **Carl**
im blühenden Alter von 13 Jahren.
Dies betrübt und schmerzlich
vermisst von seinen Eltern, Ge-
schwistern, Verwandten und allen,
die ihm nahe standen
Carl Martens und Frau,
geb. Russau.
Die Trauerfeier beginnt am Don-
nerstag, mittags 1 1/2 Uhr, in der
Kapelle Vorderer Friedhof.
Aufnahme 2 Uhr.

Nach einem nahezu tätigen Leben
entschied nach kurzer schwerer Krank-
heit am Sonntag abend 9 Uhr
meine liebe unvergessliche Frau,
Tochter, Schwiegertochter, Schwester,
Schwägerin und Tante
Elise Stegelmann
geb. Dethmann
im 22. Lebensjahre. Dies betrübt
von mir und die ihr nahe standen
W. Stegelmann.

Die Trauerfeier findet am Don-
nerstag, dem 27. November, nach-
mittags 2 1/2 Uhr, in der Kapelle des
St.-Lorenz-Friedhofes statt.
Für die zahlreichen Beweise herz-
licher Teilnahme bei der Beerdi-
gung unseres lieben Vaters (8792)
Ludwig Piepung
sagen wir namens der Hinter-
bliebenen unsern innigsten Dank.
B. Fischer u. Frau, geb. Piepung.
A. Fischer u. Frau, geb. Piepung.
Dornbusch-Riet, den 24. November.

Für die herzliche Teilnahme und
reichen Kranzsenden bei der Beer-
digung meines lieben Mannes,
meiner lieben Tochter guten Vaters,
sowie dem Sozialdemokratischen
Verein und dem Metallarbeiter-
Verband sage hiermit allen meinen
innigsten Dank! (8800)
Alwine Wasmund, geb. Vermehren.

Junge saubere Frau wünscht
Haushandswäsche zu übernehmen.
Angebote unter **S W** an die Expe-
dition dieses Blattes. (8786)

Eine Frau sucht eine Wäsche- od.
Morgensche. Angebote unter **K P 17**
an die Expedition dieses Bl.
Möbliertes Zimmer
zu verm. (8802) Siegelstr. 22a. I.

Kleine Wohnung
durch Zufall zu vermieten.
(8783) Warenvorstraße 35, I
Gesucht zum 1. Januar 1914 eine
Zwei- od. Drei-Zimmer-Wohnung
von 2 kleinen Zimmern, Hofstentor be-
vorzugt. Angebote unter **D 10** an
die Expedition dieses Blatt. (8793)

Haushandswäsche, gewaschen u.
gerollt, Stück 6 Pfg., mit Blättern
Stück 10 Pfg. Angebote unter **J M**
an die Expedition dieses Bl. (8785)
Kinder-Klappstuhl u. zweiflügeliger
Sportwagen auf Gummi zu ver-
kaufen. Waisenhofstraße 25, I. I.
Dafelbst ein Gasherd zu kaufen
gekauft. (8794)
Kammanntuben und Winter-
Mantel für Damen zu kaufen ge-
sucht. Angebote unter **K W 50**
an die Expedition dieses Bl. (8791)
Eine Winterjacke für 12-14 jähr.
Mädchen zu verk. Danststr. 47.

1 Samthut u. Achselschürzen
zu verk. (8787) Schützenstr. 57, I.
20 Stück junge Hühner
zu verkaufen. Moising 104b.

Verloren am Sonntag abend auf
dem Wege vom (Ge-
werkschaftshaus bis zur Brodesstr.
eine Damen-Uhr. Abzugeben
(8804) Brodesstraße 49, II.

Abreisenden aubewahrt u. nach-
gesandt werden Ge-
genstände aller Art, als: Mobilien,
Koffer etc. im Lagerhaus u. Expedi-
tionsgeschäft Fischergr. 52. (184)

Kränze
Buketts u. Girlanden
6055) liefert billigst
Fr. Schmidt
Bälowsstraße 11, Marli und
Dornestraße 16 a, Holstentor.
Fernsprecher 1113.

Beerdigungs-Institut „Pietät“
H. Grimm
Wickedestr. 49. Fernruf 1424.
Übernahme ganzer Beerdigun-
gen u. Feuerbestattungen.
(8821) Ueberführungen
mit eigenem Transportwagen.
Großes Lager von Särgen und
Einkleidungen jeder Art.

Zöpfe, Puppen, Perücken
sowie jede Haararbeit werden billigst
angefertigt. (8615)
J. Lau, Friseur,
Dankwartstraße 43.

Achtung!
Haushandstumpen, per kilo
6 Pfg., Neutuch per kilo 40 Pfg.
Eisen, Metall, Tau, Zeitung,
Hafen- und Kaninchenfelle
zu hiesigen Tagespreisen.
Postkarte genügt!
K. Kleinfeld
Waisenhofstraße 25, Tel. 2430.
Renzelstr. 17, Pariser Straße 17,
(8788) Telefon 1503.

August Bebel
ein Lebensbild von Herm. Wendel
ist erschienen und zu beziehen durch die
Buchhandlung Friedr. Meyer & Co.,
Johannisstraße 46. — — Preis 50 Pfg.

Bebel - Büsten
Modelliert von
Bildhauer Obst, Charlottenburg.
Stück 2.50 Mk.
Friedr. Meyer & Co.
Johannisstraße 46.

Hintze & Stech
Größte Möbelfabrik Lübecks
empfehlen 882
Wohnungseinrichtungen.
Direkter Verkauf an Private zu billigen Preisen
gegen bar in der Fabrik:
Moisinger Allee 60.

Gute Bücher von bleibendem Wert
Zu Geschenkzwecken oder für die eigne Bibliothek
::: wählen Sie am besten :::
Neue Klassiker-Ausgaben
Leipziger
(80 Dichter in 243 Bänden).
Vorzüge: Größte Vollständigkeit (viele Gesamt-
wertvolle Biographien und Einleitungen — Beigabe
von Porträts, Handschriften usw. — Guter Druck
— Holzfreies Papier — Geschmackvolle Einbände.
Nach den Urteilen von literarischen Autoritäten und
der Presse vermöge ihrer mannigfachen Vorzüge die
brauchbarsten und preiswürdigsten
::: Klassiker-Ausgaben! :::
Ausführliche illustrierte Kataloge kostenfrei.
Buchhandlung von Friedr. Meyer & Co.
Johannisstraße 46.

Der
Neue-Welt-Kalender
für 1914
ist jetzt erschienen und seines reichhaltigen
Inhalts wegen jedem unserer Leser zu
empfehlen.
Preis 40 Pfg.
Buchhandlung von Friedr. Meyer & Co.
Johannisstraße 46.
Unsere Kolporteurs führen diese Kalender bei sich und
können von ihnen bezogen werden.

Deutscher Metallarbeiter - Verband
Verwaltungsstelle Lübeck.
Einladung
zum
groß. humoristisch. Abend
ausgeführt von der beliebten
Sängergesellschaft Lewandowsky (Berlin)
am Freitag, dem 28. November
im **Gewerkschaftshaus.**
Am Sonnabend, dem 29. November
in **Friedrichshof**
Schwartauer Allee.
Am Sonntag, dem 30. November
in **Klein-Mühlen**
im Lokale des Herrn **Otto Ewers.**
Eintrittspreis 20 Pfg.
Anfang 8 Uhr abends.
Karten sind bei sämtlichen Kassierern, im Bureau und an der
Abendkasse zu haben. (8803)
D. O.
Konzerthaus Fünfhausen.
Heute Dienstag: **Gross. Tanzkränzchen.**
Mittwoch: **Tanzkränzchen.** (8795)

Wilhelm Rahfoth
Lübeck Untertravel 13
Weine und Spirituosen
in allen Preislagen :: (8545)
und in nur besten Qualitäten

Im
Pelz-Haus
Friedrich
Zimmermann
Beckergrube 50
größte Auswahl in
Pelz-
Kragen, Krawatten,
Schals, einfachen
u. Fantasie-Muffen,
Jacken, Mäntel,
Herren-Geh- und Reise-
Pelzen, Hüten, Barett,
Kinder-Garnituren, Fellvor-
lagen, Fellteppiche, Wagen-
decken.
Reparaturen etc. schnell und billig.
Kein Ausverkauf nach der
Saison.
Sehr billige Detailpreise.
Zwanglose Besichtigung höfll. erbeten.

Unübertröffen
wäscht
Ragoda
Einzig in seiner Art
D. R. G. Nr. 418186
Zubehör zu jedem Wäsche-
geschäfte
gegen Gutscheine v. 5 Pfd. 3 neu-
silb. Teelöffel usw., 10 P. d. 1 Paar
la. Solinger Messer u. Gabel od.
3 neusilb. Edlöffel usw. (222)
Schumann & Wille, Wittenberge.

Holsten-Meierei
Fernruf 2336 Wickedestr. 41
empfiehlt alle Meiereiprodukte
in bekannter Güte.
Geschäfte, welche **Wiederlagen**
übernehmen wollen, werden gebeten,
sich zu melden. (185)

Fabrikarbeiterverband
Die am Mittwoch, dem
26. November fällige Mit-
gliederversammlung findet
nicht statt.
(8799) Die Ortsverwaltung:
Schwartau-Renseteld.

Gemütliches Beisammensein
der organisierten Frauen
am Mittwoch, 26. November
abends 8 1/2 Uhr
im Lokale von Frau Pinkert
(Gasthof Transvaal).
Jeder ist herzlich willkommen.
(8795) Die Verbandsleitung.

Neues Stadttheater.
Dienstag, den 25. November 1913.
61. B. i. Boll-Ab. 11. B. i. Dienstag-Ab.
Anfang 7 1/2 Uhr. Ende 11 Uhr.
Die Hugenotten.
Oper von G. Meyerbeer.
Große Preise.
Mittwoch, den 26. November 1913.
Auser Abonnement. Mittelpreise.
Anfang 8 1/2 Uhr. Ende 11 Uhr.
Die Kino-Königin.
Operette von J. Gilbert.
Donnerstag, den 27. November 1913.
62. B. i. Boll-Ab. 11. B. i. Dom-Ab.
Anfang 7 1/2 Uhr. Ende 10 1/2 Uhr.
Die Zauberflöte.
Oper von Mozart.
Große Preise. (8784)

Die Grobberliner Parteiorganisation zur Arbeitslosenfürsorge.

Am Sonntag, 23. November, fand eine Generalversammlung der Sozialdemokratischen Wahlvereine Groß-Berlins statt, die sich vorwiegend mit der Frage der Arbeitslosenfürsorge beschäftigte.

Nachdem die Militärvorlagen und Steuergesetze verabschiedet sind, kann sich der Reichstag mit anderen Fragen beschäftigen. In den Vordergrund drängen sich die Arbeiterfragen. Die Kapitalisten fordern jetzt energisch eine Zuchtstrafe.

Land hat für die Arbeiter, die am häufigsten von der Arbeitslosigkeit heimgeführt werden, die Arbeitslosenversicherung eingeführt, und bewiesen, daß sie durchführbar ist.

In der Debatte über diesen Vortrag sprachen sozialdemokratische Gemeindevorsteher aus ganz Groß-Berlin und zwar die Genossen Dupont-Berlin, Richter-Charlottenburg, Grauer-Lichtenberg, Thunow-Neukölln, Kubig-Bankow, Küter-Schöneberg, Taubmann-Weißensee, die über die Verhältnisse in ihren Gemeinden berichteten.

Die wirtschaftliche Krise, verschärft durch die unsinnige Zollpolitik und durch die Rüstungs- und Kriegstreiberien, hat Hunderttausende Arbeiter der Grundlage ihrer Existenz beraubt.

tariats oder werden auf die Bahn des Verbrechens getrieben. Diesem Uebel entgegenzuwirken ist eine der dringendsten Aufgaben von Reich, Staat und Gemeinde.

Die Versammlung fordert die Schaffung eines Reichsgesetzes zur Durchführung einer Arbeitslosenversicherung mit voller Selbstverwaltung durch die Versicherten.

Versammlung der Bürgerchaft.

b. Lübeck, den 24. November.

Wortführer Dr. Görh eröffnet die Sitzung um 6 Uhr 25 Minuten.

Der Antrag Stelling, die Arbeitslosenversicherung betr., kann heute nicht zur Verhandlung kommen, weil die vorige Sitzung nur vertagt worden war.

1. Antrag: Verbesserung der Fährverbindungen nach dem Priwall.

Grünau erinnert an die Debatte vom 20. März 1912, die sich um einen Senatsantrag drehte, 17 770 Mk. zur Verlegung der Priwallfähre zu bewilligen.

Senator Dr. Stooss sieht in der Senatsvorlage und den Beschlüssen der früheren Kommission keinen allzu großen Unterschied. Eine Verteuerung der Arbeit werde immer stattfinden.

Senk (Wittwisch) glaubt, die neue Fähre werde ein richtiger Glückbringer für Travemünde. Die Leidtragenden seien die süßlichen Landwirte, weil Mecklenburg billiger produziere.

Moderne Sklavinnen.

Ein Theaterroman von Ludwig Bendler.

(23. Fortsetzung.)

(Nachdruck verboten.)

War das alles? Zweifelnd schaute der Kommerzienrat Kriemhild an. Na, wenn auch noch nicht der völlige Ausgleich da war, den Grundstein zur Brücke hatte seine Schlaube immerhin gelegt.

Mit beiden Damen verließ nun der Kommerzienrat die Geschäftsräume, jedoch trennten sich ihre Wege schon an der nächsten Straßenecke. Während die Frau Kommerzienrat und Kriemhild dem Mittelpunkt der Stadt zustrebten, nahm er seinen Weg zu der an der Promenade gelegenen Börse, wo Stolzenberg noch seines Amtes waltete.

Gerade kommen Sie recht, Herr Kommerzienrat, begrüßte der Prokurist seinen Chef, um eine günstige Nachricht zu empfangen.

Sibernia sehr gefallen. Ich habe unsere fehlenden Posten sämtlich mit 7 und 7 1/2 % billiger eindecken können.

Bravo, bravo! Weiß der Hund, Sie haben Glück. Wollen Sie mich übrigens auf dem Heimweg begleiten, Herr Stolzenberg? Ich werde Sie am Ausgang erwarten.

Was mag ihm begegnen sein? dachte er und akzeptierte gleichzeitig zweihundertfünfzig Pfund englische Noten, die ein vorbeiklappender Wäcker a 20,45 zum Kauf anbot.

Nach Beendigung des Geschäfts trafen Stolzenberg und der Kommerzienrat sich an der Ausgangspforte. Zunächst, als wenn jeder von beiden auf eine Aeußerung des anderen warte, andererseits aber auch selbst etwas sagen wollte, gingen sie schweigend nebeneinander her, dann schließlich begann der Kommerzienrat:

Sie wissen von der Korrespondenz zwischen dem Generalkonsul Obersdorf in Frankfurt und mir, daß die Mächt be-

stand, seinen Sohn und meine Kriemhild ein Paar werden zu lassen.

„Allerdings, Herr Kommerzienrat, die Firma avisierte ja unlängst, wohl in dem Gefühl der unumwundenen Tatsache, ihren jüngeren Herrn in ziemlich unerbürdlicher Weise. Ich habe mich eigentlich geirrt. Die Art, so etwas, wenn auch knochig, in geschäftlicher Korrespondenz zu berühren, erschien mir —“

„Na, aus der Sache wird nichts.“ „Ist nichts?“ „Nein.“

„Trotzdem Obersdorf doch hier ist?“ „Meine Tochter — Discretion natürlich für's nächste, Herr Stolzenberg! — hat eine andere Liebe im Herzen.“

„Aha!“ Sofort dachte der Prokurist an jene Unterhaltung, die er vor einigen Tagen mit dem Kapellmeister Walther im „Festsaal“ gehabt.

„Zudem,“ fuhr der Kommerzienrat fort, „scheint mir dieser Herr Sebastian noch ein richtiger Windhund, kurzum, die Leuten passen nicht zusammen.“

„Gott sei Dank!“ rief Stolzenberg unwillkürlich. „Auch Sie haben den Eindruck?“

„Vom ersten Augenblick an gehabt, als ich des Herrn „junior“ ansichtig wurde.“

„Schön. Um nun aber nicht den Verdacht aufkommen zu lassen, als ob wir hier aus der Geschichte uns auch nur hohel machten,“ der Kommerzienrat bezeichnend zwischen den Fingern das geringste Quantum, „oder, als hätten wir die Verbindung mit Obersdorf aus Geschäfts-rücksichten gern gesehen oder gar, als traure meine Tochter um etwas, das sie selbst nicht einmal wünschte, so habe ich mich entschlossen, ihrer Herzensneigung nachzugeben und sie sofort zu verloben.“

„Meinen Glückwunsch, Herr Kommerzienrat, aber — Sebastian Obersdorf, was wird der sagen?“

„Nicht sehr viel. Ich hatte so den Eindruck, als sei die Heirat mehr ein Wunsch der Eltern. Für meine Tochter aber ist das keine Garantie, da habe ich mich mit diplomatischen Komplimenten zurückgezogen.“

„Und der Generalkonsul, dessen Traum, seinen Herrn Sohn in guten Händen zu wissen —?“

„Dem habe ich in tröstlicher Form alles vorge stellt. Gerade er wird uns nach wie vor der beste Geschäftsfreund bleiben.“

Wie der Verlauf mit Obersdorf junior eigentlich gewesen, daß er Obersdorf sen. gegenüber seine Stimmung in ganz anderer Weise zum Ausdruck gebracht hatte, verhielt der Kommerzienrat.

Sein Prokurist wußte, was für ihn passend war, der Generalkonsul desgleichen. Die unumwundene Wahrheit reservierte Herr Kriemhild für sich allein. Er wägte ab, klug und genau. Aus jedem Ereignis seines nach strengem Maßstab nicht ganz einwandfreien Lebens pflückte er ein Geheim-Nestchen, das nur ihm verblieb, herauszukristallisieren. Das buchte er auf ein ganz besonderes Blatt seines Herzens, über dem er mit Sorgfalt wachte, in das er niemandem Einblick gestattete — niemandem.

„Kennen Sie Herrn Walther, den Kapellmeister des Stadttheaters?“ begann der Kommerzienrat auf's neue.

„Nüchtern nur, aus einigen Gesellschaften, die uns zusammenführten.“

„Er ist der Auserkorene meiner Tochter.“

„Im, ich halte ihn für einen gediegenen Mann.“ Stolzenbergs Freude war groß, doch vermied er, es merken zu lassen.

„Sie halten ihn dafür,“ sagte der Kommerzienrat, „ich auch, aber — haben Sie ihn schon ins Herz gesehen?“

„Das wäre bis jetzt ohne Interesse für mich gewesen,“ entgegnete Stolzenberg lachend, „aber — wenn Sie befehlen —“

„Ja, ich möchte vor allem wissen, wie es mit seinen Schulden steht. Große Schulden dürfte er nicht haben. Hätte er die, wär's auch nichts mit der Garantie für meine Tochter.“

„Herr Kommerzienrat, muß denn jeder Schulden haben?“ „Jeder nicht, aber jeder beim Theater. Das Theater demoralisiert wie kein sonstiger Beruf.“

„Freilich, daran muß viel Wahres sein,“ meinte Stolzenberg eifrig. Der Fall Maria Bergmann ließ ihn in dringender Deutlichkeit empor.

„Wollen Sie also, bitte,“ unterbrach gleich wieder der Kommerzienrat, „mal Recherchen anstellen, — ohne Aufsehen freilich, in der Stille.“

„Ganz gewiß. Ich bin auch überzeugt, wenn Sie Herrn Walther auf sein Ehrenwort befragen —“

„Das kommt später, erst, was Mama sagt, ergründen. Ein Abdröckchen Wahrheit findet man da immer.“ Stolzenberg versprach sein Möglichstes zu tun, auch in bezug auf die Eile, die ihm sein Chef noch besonders ans Herz legte.

Kommission, da er ebenfalls befürchtet, daß sonst leicht Kollisionsgefahren entstehen könnten.

Röger tritt für die Senatsvorlage ein; Kollisionsgefahr sei auf diese und jene Art unter Umständen zu beschränken.

Böhs weist auf die Verbindungen am Nordostkanal hin, deren sämtliche Fahrverbindungen im senkrechten Winkel angebracht seien. Es sei also wohl gleichgültig, ob die neue Fähre im graden oder schrägen Winkel ausgeführt werde. Die Senatsvorlage sei empfehlenswerter. Redner fragt, wie es mit dem Erjuchen stehe, das ein Projekt einer Brückenverbindung von St. Lorenz-Nord nach dem rechten Travenusfer wünsche.

Senator Dr. Stooss (zumeist unverständlich) erwidert, daß die Eisenbahnfrage zuerst gelöst werden müsse, ehe etwas Positives ins Auge gefaßt werden könne.

Böhs betont die Notwendigkeit einer zweiten Brücke; wo diese angebracht werde, sei gleichgültig. Bei der Brückenvorlage müsse man auch die Überführung von Eisenbahnwagen prüfen.

Söhrmann (Travenus) findet die Ausführung der Senatsvorlage nicht vorteilhaft.

Nach weiteren Ausführungen von Grünau und Senator Dr. Stooss wird der Antrag von Grünau abgelehnt, die Senatsvorlage mit Zweidrittelmehrheit angenommen.

2. Antrag: Erneuerung des Kessels des Dampfers „Attendorf“.

Wird endgültig angenommen.

3. Antrag: Errichtung einer Brandmauer unterhalb der Holzlagerplätze am Konstantinplatz.

Böhs fragt, ob der Fußweg vom Konstantinplatz bis zur höchsten Schiffsweert außerhalb der Einfriedigung wiederhergestellt werden resp. bestehen bleiben soll.

Der Senat kann hierauf keine Antwort geben.

Der Senatsantrag wird mit Zweidrittelmehrheit angenommen.

4. Antrag: Verkauf von Arealen an der Straße „Bei der Lohmühle“ an den Kaufmann Alex. König.

Senator Kabe weist auf die günstige und zweckmäßige Lösung dieser Frage hin.

Dr. Jhde stellt den Antrag, daß das Finanzdepartement ermächtigt werde, das Zusatzangebot von Herrn König anzunehmen.

Henk (Wüstwich) kommt auf die staatlichen Abgaben bei Grundstücksverkäufen in Rüdning zu sprechen, die 1,50 Mk. pro Quadratmeter betragen, sich jährlich um 5 Pfg. bis zu 2 Mk. steigern und Härten nach sich ziehen. Bei einem kürzlich abgetrauten Manne würden sie 4500 Mk. ausmachen und einer Konfiskation gleichkommen.

Böhs führt die verschiedene Grund- und Bodenschätzung der Behörden an. 100 Meter von der Fadenbürger Allee entfernt werde das Quadratmeter zu 25 Mk. geschätzt, hier fordere man 20 Meter von der Allee entfernt nur 4,50 Mk.

Senator Kabe läßt den Vergleich des Vorredners nicht gelten. Seine Ausführungen sind vielfach unverständlich.

Die Senatsvorlage mit dem Zusatzantrag von Dr. Jhde wird mit Zweidrittelmehrheit angenommen.

5. Antrag: Erlaß eines dritten Nachtrages zum Gesetze über die Verwahrung der Einkommensteuer.

Wird endgültig angenommen.

6. Antrag: Verlegung von Wasserhauptrohren.

Wird endgültig angenommen.

7. Antrag: Erhebung einer Untersuchungsgebühr auf dem Schlachthofe.

Braus steht in der Untersuchungsgebühr eine willkürliche Erhöhung des Gebührentarifes. Der Senat glaube wohl, diese in harmloser Weise bei der Bürgerchaft vornehmen und durchdrücken zu können. Die Vorlage enthalte eine Befreiung des Gewerbes, wodurch die Schlachtermeister sich wohl hüten würden, die Fleischpreise herabzusetzen. Sie bitte vielmehr logar eine Begründung für die Schlachtermeister, den Preis ihrer Ware zu erhöhen. Redner ersucht, die Vorlage abzulehnen.

Senator Dr. Grünau: Eine Gebührenerhebung von 50 Pfennigen pro Stück kann für die Fleischpreiserhöhung nicht in Frage kommen.

Zust: Diese Heußerung ist zutreffend. Die Gebühr wird für die Schlachtermeister jährlich 22—23 000 Mk. ausmachen, trotzdem haben sie schweren Herzens zugestimmt. Sie hoffen, daß die Gebühr später wieder wegfällt, wenn die großen Unkosten gebüht sind.

„Nun, Sie haben noch etwas?“ fragte der Kommerzienrat.

„Allerdings, doch — in zwei Worten läßt sich das nicht sagen.“

„Dann lassen wir's bis nach dem Essen. Um drei Uhr sehe ich wieder zur Verfügung.“

„Schön, Herr Kommerzienrat, da werde ich pünktlich wieder hier sein.“

„Aber gegen vier Uhr im Café, da treffe ich mich mit Herrn Direktor Wilmann.“

„Den möchte ich nur gerade nicht zum Zeugen unserer Unterhaltung haben. Ich komme hierher.“

„Wie Sie mögen. Was aber hört Sie Wilmann? Ist's etwa was, das ihn betrifft?“

Stolzenberg druckte. Er ärgerte sich, schon eine Andeutung gemacht zu haben.

„Da bin ich doch gespannt,“ fuhr der Kommerzienrat fort und schaute, mit dem Zeigefinger drohend.

„Wesentlich ist es nicht Ihr Name, den Sie entdecken.“

„Das erwähnte Stolzenberg, kopfschüttelnd verneinte er: „Das habe ich nicht.“

„Ne na, aus allen Ständen schreien Sie empör, gleich Pöbel,“ drohte der Kommerzienrat. „Heut ist's ein Essenfest, morgen ein Jubiläum, übermorgen ein Heilner, oder ein Festtag und, je Heilner der Beruf, desto größer die Carmotommal, die Sie in Szene legt. Schon darum haben Sie als Geschäftler nur sehr geringe Chancen. Lassen Sie es lieber bleiben.“

„Höherer Raderss Wilmann hat die beiden.“

„Hut an des Kommerzienrats Mitgliedschaft herrschte demnach, im Gegensatz zu gestern um diese Zeit, ein fast vollständiger Kon.“

Kriemhild hatte im Meyerischen Konversationslexikon vergeblich wegen „Quasitravemento“ nachgeschlagen und erfuhr, während sie mit der ihr eigenen Grazie die Suppe aushierte, sie wolle nicht, wo jetzt noch nach dem elenden Rest suchte.

Einem irakenden Blick für diese bespöteliche Bezeichnung eines dem Wohl und Wehe der lebenden Menschheit wichtigeren Dinges von Seiten der Frau Wilmann konnte sie nicht entgehen, auch nicht ihrer Prophezeiung, daß Kriemhild selbst einmal als solche Speise werden würde. Dem Kommerzienrat aber zeigte, wie gewöhnlich, die Enttäuschung seiner Gattin und der von Kriemhild einseitig angehängene Ton zu keiner Zeit.

Braus weist darauf hin, daß es sehr leicht sei, die Fleischpreise zu erhöhen, wie schwer es aber halte, diese wieder herabzusetzen, sei jedem bekannt.

Die Vorlage wird hierauf endgültig angenommen.

8. Antrag: Errichtung eines Anbaues an die Hauptfeuerwache. (2. Lesung.)

Senator Dr. Fehling geht auf die in erster Lesung geäußerten budgetrechtlichen Bedenken ein. Ausnahmen seien im vorigen Jahre in 54 Fällen gemacht worden. Aus formalen Gründen solle man die Sache nicht beiseite setzen, die Summe sei verhältnismäßig nur klein.

Jenne: Die Mehrzahl der Mitglieder des Finanzdepartements sei der Meinung, daß möglichst darauf hingearbeitet werden müsse, daß der Senat die Anforderungen im Laufe des Jahres beschränke. Hier hätte man geglaubt, es sei besser, wenn diese Vorlage mit den Neuforderungen im Zusammenhang gebracht worden wäre.

Senator Dr. Fehling: Wo nicht unbedingte Eile geboten ist, wird anders verfahren. Das Budget wird durch diese Summe nicht beeinflusst.

Senator Dr. Neumann: Sollten alle Vorlagen bei der Budgetberatung erledigt werden, würde man dabei zu gar keinem Ende kommen.

Lippert glaubt eine praktische Lösung solcher Fragen in der Teilung des Budgets in Ordinarium und Extraordinarium zu finden. So lange diese Trennung nicht da sei, müsse wie jetzt verfahren werden.

Böhs erinnert an die in Aussicht stehende Vorlage der St.-Lorenz-Feuerwache; so lange sollte man warten und verzögert den Senatsantrag ablehnen.

Senator Dr. Neumann: Mit der St.-Lorenz-Feuerwache hat die Vorlage gar nichts zu tun. Hier handelt es sich um Material- und Personalanänderungen, dort um eine Erweiterung.

Aug. Pape spricht gegen die Vorlage; er wünscht ebenfalls, daß die neue Vorlage erst abgewartet wird. Nicht angebracht sei das Vorgehen der Handelskammer in Sachen des Sicherheitsdienstes am Hafen. Wenn ein Sicherheitsdienst notwendig sei, dann für die Allgemeinheit und nicht für einzelne.

Senator Dr. Neumann kann einen sachlichen Zusammenhang der Vorlage mit der St.-Lorenz-Feuerwache nicht anerkennen. Die Handelskammer trat an die interessierten Kreise nach Verhandlungen mit dem Polizeiamt heran; wie weit sie ihre Anfragen ausgedehnt hat, kann Redner nicht sagen. Für die besonderen Kosten des Sicherheitsdienstes im Hafen bezahle für dieses Jahr die beteiligten Kreise ein Drittel, das übrige der Staat.

Der Senatsantrag wird mit Zweidrittelmehrheit angenommen.

Jenne führt eine Verordnung an, die über die Beförderung gefährlicher Gegenstände handelt, im April 1912 erschienen ist und bereits neun Nachträge aufzuweisen hat. Er erucht, beim Erlaß eines neuen Nachtrages alle zusammenzufassen.

9. Antrag: Anstellung von Schulärzten an den Bezirksschulen.

Wird endgültig angenommen.

10. Antrag: Herstellung einer Fahrwegverbindung von der St.-Lorenz-Brücke bis an die Wisbystraße.

Bachmann erklärt die Herstellung einer guten Verbindung für durchaus notwendig. Wandern müsse man sich jedoch über die geplante Ausführung. Verhandlungen mit den Leuten hätten überhaupt nicht stattgefunden. So, wie die Straße nach den Plänen durchgeführt werden soll, entspreche sie dem öffentlichen Interesse nicht. Statt den vorläufigen Ausbau sollte man besser etwas Endgültiges schaffen. Als Pacht seien einem Besitzer ganze 2 Pfennig pro Quadratmeter geboten worden. Redner beantragt Kommissionsberatung.

Senator Dr. Stooss: Was früher mit Herrn Meyer als Pacht verhandelt wurde, weiß ich nicht. Im allgemeinen sind die in Lübeck gezahlten Entschädigungen für die Enteignung höher als in Breußen. Wird erst gebaut, kommen die Anwohner von selbst und bieten die Grundstücke an, ohne daß wir besondere Entschädigungen zahlen müssen.

Schotelig: Das bessere ist die direkte Durchführung der Straße. Der betreffende Anlieger ist gar nicht so weit entfernt wie dargelegt wird. Er will dem Staat entgegenkommen, nur für ein kleines Stück will er denselben Preis wie sein Nachbar haben. Verhandelt wurde mit ihm überhaupt nicht. Es muß nochmals alles nachgeprüft werden.

Senator Dr. Stooss: Es handelt sich nicht nur um den einen Anlieger, seine Mitteilnehmer wollten nicht nachgeben.

„Nun, Sie haben noch etwas?“ fragte der Kommerzienrat.

„Allerdings, doch — in zwei Worten läßt sich das nicht sagen.“

„Dann lassen wir's bis nach dem Essen. Um drei Uhr sehe ich wieder zur Verfügung.“

„Schön, Herr Kommerzienrat, da werde ich pünktlich wieder hier sein.“

„Aber gegen vier Uhr im Café, da treffe ich mich mit Herrn Direktor Wilmann.“

„Den möchte ich nur gerade nicht zum Zeugen unserer Unterhaltung haben. Ich komme hierher.“

„Wie Sie mögen. Was aber hört Sie Wilmann? Ist's etwa was, das ihn betrifft?“

Stolzenberg druckte. Er ärgerte sich, schon eine Andeutung gemacht zu haben.

„Da bin ich doch gespannt,“ fuhr der Kommerzienrat fort und schaute, mit dem Zeigefinger drohend.

„Wesentlich ist es nicht Ihr Name, den Sie entdecken.“

„Das erwähnte Stolzenberg, kopfschüttelnd verneinte er: „Das habe ich nicht.“

„Ne na, aus allen Ständen schreien Sie empör, gleich Pöbel,“ drohte der Kommerzienrat. „Heut ist's ein Essenfest, morgen ein Jubiläum, übermorgen ein Heilner, oder ein Festtag und, je Heilner der Beruf, desto größer die Carmotommal, die Sie in Szene legt. Schon darum haben Sie als Geschäftler nur sehr geringe Chancen. Lassen Sie es lieber bleiben.“

„Höherer Raderss Wilmann hat die beiden.“

„Hut an des Kommerzienrats Mitgliedschaft herrschte demnach, im Gegensatz zu gestern um diese Zeit, ein fast vollständiger Kon.“

Kriemhild hatte im Meyerischen Konversationslexikon vergeblich wegen „Quasitravemento“ nachgeschlagen und erfuhr, während sie mit der ihr eigenen Grazie die Suppe aushierte, sie wolle nicht, wo jetzt noch nach dem elenden Rest suchte.

Einem irakenden Blick für diese bespöteliche Bezeichnung eines dem Wohl und Wehe der lebenden Menschheit wichtigeren Dinges von Seiten der Frau Wilmann konnte sie nicht entgehen, auch nicht ihrer Prophezeiung, daß Kriemhild selbst einmal als solche Speise werden würde. Dem Kommerzienrat aber zeigte, wie gewöhnlich, die Enttäuschung seiner Gattin und der von Kriemhild einseitig angehängene Ton zu keiner Zeit.

„Nun, Sie haben noch etwas?“ fragte der Kommerzienrat.

„Allerdings, doch — in zwei Worten läßt sich das nicht sagen.“

„Dann lassen wir's bis nach dem Essen. Um drei Uhr sehe ich wieder zur Verfügung.“

„Schön, Herr Kommerzienrat, da werde ich pünktlich wieder hier sein.“

„Aber gegen vier Uhr im Café, da treffe ich mich mit Herrn Direktor Wilmann.“

„Den möchte ich nur gerade nicht zum Zeugen unserer Unterhaltung haben. Ich komme hierher.“

Peter Pape: Als ich diese Vorlage zu Gesicht bekam, freute ich mich, daß endlich etwas geschaffen werden sollte.

Beim näheren Betrachten traute ich meinen Augen kaum, daß man eine Vorlage, die einen derartigen Straßenzug vorsieht, bringen konnte. Wie denkt man sich überhaupt den Verkehr dort? Herr Schotelig hat ganz recht, wenn er die vorgelegene Breite monierte. Die Herren sollten sich jene Gegend erst einmal genau ansehen, ehe sie die Vorlage genehmigen. Während die Privatunternehmer nur in anbaufähigen Straßen bauen dürfen, scheint dies der Staat nicht nötig zu haben. Zunächst müßte versucht werden, die Straße so anzubauen, wie es ursprünglich geplant war, damit sie den Verkehr auch aufnehmen kann. Bei dieser Gelegenheit möchte ich der Baudeputation die Ritterstraße in Erinnerung bringen. Diese Straße ist in einem Zustande wie keine zweite in der Stadt. Eine Pumpe liefert dort nur graues und schmutziges Wasser. Die Anlieger haben sie vor fünf Jahren auf eigene Kosten reinigen lassen. Der Rehrich wird wohl zusammengefaßt, er liegt aber noch nach drei oder vier Tagen in der Straße herum und gelangt teilweise in den Brunnen. Diesem Uebelstand sollt man endlich abhelfen. Ich beantrage Kommissionsberatung und bitte zugleich die Kommission vor allen Dingen zu prüfen, ob nicht auch die Lübeck-Büchener Bahn heranzuziehen ist.

Bachmann erwidert dem Senator, daß noch niemand durch die Enteignung vom Staate ruiniert worden sei, wenn er es aushalte und tritt wiederholt für Kommissionsberatung ein.

Dr. Kähler ist ebenfalls für Kommissionsberatung, um gleichzeitig die Verhältnisse mit der Lübeck-Büchener Bahn zu regeln.

Gahn wünscht Kommissionsberatung, empfiehlt aber eine Teilung der Vorlage, um schnell eine Besserung herbeizuführen.

Kommissionsberatung wird angenommen.

14. Antrag: Verkauf von Arealen an der Israelsdorfer Allee an die Friedhofsbehörde.

Wird endgültig angenommen.

Bericht der Kommission zum Antrag von Thiele, betr. die Theatervorlage.

Dr. v. Brocken: Einig sind alle, daß in jener Sitzung eine Gesamtabstimmung hätte stattfinden müssen. Die Mehrheit steht darin einen Formfehler, der nicht mehr nachgeholt werden kann, der aber geheilt sei, weil der Senat dem Beschlusse beigetreten ist. Die gegenteiliger Ansicht sind, glaube ich, daß überhaupt noch kein gültiger Beschluß vorliegt. Wenn nach so langer Zeit noch eine Gesamtabstimmung stattfinden sollte, wäre dies durchaus unpraktisch. Herr Thiele hat den Fehler gleich am anderen Tage entdeckt. Würde man so weiter verfahren, könnte man nach 5 Jahren noch mit Abstimmungen kommen. Redner beantragt, über den Antrag Thiele zur Tagesordnung überzugehen.

Dr. Wittern und 20 Mitglieder beantragen namentliche Abstimmung.

Dr. Wittern bedauert, daß man wegen einer solchen einfachen Sache so viele Worte verlieren müsse. Diese Vorlage sei in vier verschiedenen Teilen zur Beratung gelangt, das Ganze sei aber trotzdem ein einziger Antrag. Das liege in der Natur der Sache. Würde über einen einzelnen Teil Widerspruch erhoben, müsse über diesen besonders abgestimmt werden. Das sei hier geschehen. Verabschiedet sei die Vorlage aber noch nicht, wenn einzelne Teile neu formuliert und angenommen seien, während die übrigen Teile in alter Fassung blieben. Wer bei dieser Geschichte schmärgeln sollte, müßte einfach sagen, er habe die Gesamtabstimmung vergessen. Und hier sei sie vergessen. Eine vergessene Schuld zu begahen, werde nicht ausgetilgt; wer vergessen habe sich zu blamieren, habe sich nicht blamiert.

Keiner im Saale könne sagen, wie das Notum der Bürgerchaft gelaute habe, weil eine Gesamtabstimmung nicht vorgenommen worden sei. Hier könne man nicht fragen was praktisch ist. Wenn die Wahrheit im Frage komme, könne man nicht mit der Prag's kommen und einfach liegen. Die Bürgerchaft sollte sich nicht mit Windmühlenglocken schrecken lassen. Hätte Herr Thiele erst nach 5 Jahren statt am folgenden Tag den Fehler entdeckt, dann wäre man eben durch die Gewalt der Tatsachen darüber hinweggeschritten. Hier komme eine solche Unterlassung nicht in Frage. Herr Thiele habe sofort tags darauf erklärt, wir hätten eine Abstimmung nicht vorgenommen und in folgedessen eine solche beantragt. Der Wortführer habe diese Frage für wichtig und prüfenswert gehalten. Mit dem Vorschlage des Wortführers habe sich die Bürgerchaft einstimmig einverstanden erklärt. Der Senat habe davon Kenntnis erhalten und dazu Stellung genommen.

Senator Dr. Fehling habe sogar am 18. Februar 1913 die Meinung geäußert, daß dem Wunsche des Wortführers stattgegeben werden müsse. Nachher habe der Senat sofort der Bürgerchaft zugestimmt, und ihr die fertige Tatsache ins Gesicht geschleudert. Redner erwartet aus Respekt vor der Bürgerchaft, daß sie dem Beschluß der Minderheit zustimmt, andernfalls sollte eine Medaille geschaffen werden, die auf einer Seite einen leeren Parlamentssitz aufweist mit den Worten, der Mann ist nicht da, und auf der anderen: der vorliegende Beschluß ist gefaßt. Diese Medaille könne dann nach Belieben verliehen werden.

Dr. Thiele erachtet die Angelegenheit für die Bürgerchaft erledigt. Die Ansicht des Vorredners sei falsch, da die Gesamtabstimmung nicht vergessen worden sei. Der Wortführer habe eine Gesamtabstimmung nicht für nötig gehalten. Nach § 2 der Geschäftsordnung habe der Wortführer nicht brauchen abstimmen zu lassen, weil kein Widerspruch erfolgt war. Die Geschäftsführung des Wortführers gelte solange, bis kein Widerspruch erfolgt. Wäre er über die Notwendigkeit der Abstimmung im Zweifel gewesen, hätte er sicher die Bürgerchaft gefragt. Nach einem Verstoß gegen die Geschäftsordnung könne noch keine Ungültigkeit der Vorlage gefolgert werden, insofern sei das Vorgehen ganz richtig.

Dr. v. Brocken wendet sich gegen die Aufmachung der Frage seitens Dr. Wittern's. Es komme nicht darauf an, was wahr sei, sondern auf die staatsrechtliche Auffassung und welche Schlüsse man daraus ziehen wolle.

Dr. Jhde bedauert die Ausführungen Dr. Wittern's, die von Wahrheit und Lügen reden. Dadurch werde die Mehrheit der Bürgerchaft angegriffen. Jeder in der Kommission habe sich gesagt, daß ein Fehler gemacht worden sei. Der Verstoß sei aber nicht gegen die Verfassung, sondern gegen die Geschäftsordnung begangen. Dem Senat stehe das Recht nicht zu, zu prüfen, ob das ihm entgegengebrachte Gesetz auf geschäftsordnungsmäßigem Wege zustande gekommen sei. Was ihm zum Vorwurf gemacht werden könne, sei die Eile, mit der er der Vorlage zugestimmt habe. Angebracht wäre höchstens, dem Senat das Bedauern der Bürgerchaft über sein schnelles Vorgehen auszudrücken. Doch einen Konflikt dürfe man deswegen nicht heraufbeschwören. Ein Verstoß gegen die Geschäftsordnung habe stattgefunden, aber einmal müsse es aus der Welt geschafft werden. Der Senat dürfe nicht an dem Beschluß mädeln, er müsse ihn annehmen, nur warten hätte er müssen, das sei das Einzige, was ihm vorgeworfen werden könne.

Dr. Thiele stellt einen Antrag, wonach die Bürgerchaft bedauert, daß der Senat dem Beschlusse beigetreten ist, bevor die Frage der Gesamtabstimmung gelöst war und fordert Übergang zur Tagesordnung über den Antrag Thiele.

(Fortsetzung folgt.)

Dr. Wittern verwarf sich dagegen, daß er der Mehrheit den Vorwurf der Lüge gemacht habe. Durch die Ausführungen des Vorredners sollte der Boden für die vorgetragenen Tatsachen entzogen werden. Es liege kein Formfehler vor, sondern ein Beschluß sei nicht erfolgt. Redner polemisiert des weiteren gegen Dr. Jhde. — Die Frage sei jetzt, wo wir die zweiten Lesungen hätten, noch viel weiterentwickelt geworden. Entweder beschließen Sie etwas, was nicht ist, und sagen es sei, oder Sie gehen über das Ganze zur Tagesordnung über.

Buchwald nimmt den Senat in Schutz. Die Bürgererschaft habe im Protokoll ausgedrückt, daß sich eine Gesamtabstimmung durch die Annahme der einzelnen Teile erübrigt habe. Redner warnt, dem Senat entgegenzutreten, die Bürgererschaft könnte sich dabei blamieren.

Aug. Wape bedauert das lange Reden über eine solche klare Sache, bei der Herr Jenne die einzig richtige Auskunft geben könne. Die Herren Wortführer seien ja sehr bemüht, ihre Rechte zu wahren, da müsse man sich vorziehen, dreinzusprechen. Wir hätten unsere Rechte zu wahren, ohne Rücksicht auf den Senat. Dem Antrag von Dr. Wittern bittet Redner zuzustimmen.

Dr. Kähler sieht in den einzelnen Abstimmungen keinen Bürgerbeschluß. Wohl hätte auf eine Gesamtabstimmung verzichtet werden können, da dies nicht der Fall gewesen sei, könne man dem Mehrheitsbeschluß nicht zustimmen.

Löwig: Unsere Fraktion steht auf dem von Dr. Wittern und Dr. Kähler vertretenen Standpunkt. Wir sind überzeugt davon, daß ein Bürgerbeschluß nicht vorliegt, deshalb stimmen wir dem Antrag Wittern zu. Wir sind weiter der Meinung, daß die Bürgererschaft zum Ausdruck bringen muß, daß sie es mißbilligt, wenn der Senat die Gelegenheit benutzte, einer Vorlage die Genehmigung zu erteilen, die von der Bürgererschaft noch garnicht endgültig verabschiedet worden ist. Ich stelle folgenden Antrag: „Die Bürgererschaft mißbilligt es, daß der Senat der Vorlage zustimmte, obwohl ihm bekannt war, daß die Bürgererschaft Zweifel hegte, ob eine Gesamtabstimmung stattgefunden hatte.“

Dr. v. Brocke zieht seinen Antrag zugunsten desjenigen von Dr. Ziehl zurück.

Dr. Görh erklärt, anfangs auf dem Standpunkt von Dr. Wittern und Dr. Kähler gestanden zu haben. Ohne weiter mit Bürgerchaftsmitgliedern oder Senatoren darüber gesprochen zu haben, sei er zu einer andern Auffassung gekommen. Das Protokoll habe einen ganz bestimmten Hinweis enthalten, der deutlich hervorhebe, daß eine Gesamtabstimmung nicht zu erfolgen hätte. Niemand habe in der Bürgererschaft Einspruch erhoben, aus dem einfachen Grunde, weil es alle vernein hätten. Er, Redner, habe das Verhalten des Senats schmerzlich bedauert. Die Macht des Wortführers sei nicht allzu groß, ihm könne der Vorwurf nicht gemacht werden, das Ansehen der Bürgererschaft aus dem Auge gelassen zu haben.

Dr. Wittern: Nirgends steht, daß sich eine Gesamtabstimmung erübrigt hat. Deshalb kann nicht bestimmt behauptet werden, ob die Vorlage abgelehnt oder angenommen worden ist. Ein Verstoß gegen § 43 der Verfassung hat stattgefunden, und nach der Verfassung muß eine Abstimmung vor sich gehen.

Dr. Kähler: Der Senat muß prüfen, ob eine Abstimmung stattgefunden hat.

Dr. Wenda: Der Senat hat nicht nachzuprüfen, ob die Bürgerchaft ihre Geschäftsordnung eingehalten hat. Wer sein Recht vergessen hat, darf andern Tags nicht mit Vorwürfen kommen.

Aug. Wape ist der Meinung, daß der Senat wußte, der Geschäftsordnung und Verfassung sei keine Genüge geschehen, danach hätte er sich richten sollen. Wollten wir unsere Rechte wahren, dann müßte die Abstimmung eben vorgenommen werden.

Dr. Jhde: Wenn der Antrag von Dr. Wittern angenommen wird, muß der Senat ein Indemnität nachsuchen.

Lippert: Eine allentlange Geschäftsordnung ist unnötig, wenn die Abstimmung in das Belieben des Wortführers gestellt ist. Eigenmächtig darf der Wortführer nicht handeln, die Schuld trifft uns aber auch alle miteinander. Der Senat braucht sich jetzt noch nicht dazu zu äußern, weil sich die Bürgerchaft selbst noch nicht einig ist. Die Sache muß autgemacht werden.

Der Antrag von Dr. Ziehl (Übergang zur Tagesordnung und Bedauern über das Vorgehen des Senats) wird in namentlicher Abstimmung mit 40 Stimmen abgelehnt. 35 sind dafür.

Dr. Wittern beantragt, die Bürgerchaft wolle durch einen Beschluß feststellen, daß die Theatervorlage durch einen Beschluß der Bürgerchaft noch nicht verabschiedet ist.

In der namentlichen Abstimmung wird dieser Antrag mit 41 gegen 34 Stimmen angenommen. Da er eine Zweidrittelmehrheit nicht erzielte, ist eine zweite Lesung notwendig.

Nummehr kommt der Antrag Löwig zur Abstimmung. Der Wortführer meint, daß dieser Antrag zunächst dem Bürgerchaftsbeschuß überwiesen werden muß.

Dr. Wittern wünscht diesen Beschluß direkt dem Senat entgegengebracht. Dem Senat müsse deutlich die Meinung der Bürgerchaft zur Kenntnis gelangen.

Dr. Ziehl wendet sich gegen den Antrag, der nur einen Konflikt mit dem Senat wolle. Redner beantragt darüber namentliche Abstimmung.

Lippert ersucht Löwig, den Antrag bis zur zweiten Lesung zurückzuziehen.

Löwig: Ich bin bereit, den Antrag vorläufig zurückzuziehen. Ich beharre aber durchaus auf meinem Standpunkt, daß wir keine Veranlassung haben, dem Senat unsere Mißbilligung vorzutragen und an dem Warttort des Antrages etwas zu ändern. In der Bürgerchaft ist das Mißfallen über das Verhalten des Senats nach der Anfrage von Ziehl deutlich zum Ausdruck gekommen; deshalb kann das auch in meinem Antrage stehen bleiben.

In die Kommission zur Vorprüfung des Antrages Mantau, betr. Revision der Verfassung, wurden gewählt: Buchwald, Dimpfer, Dr. Görh, Dr. Jhde, Mantau, Dr. E. Meyer, Aug. Wape, Schulmerich, Dr. Ziehl. Erlagsmänner sind Dr. Wenda, Jenne, Heinrichsen, Dr. Schlomer.

Schluß 10 Uhr 30 Minuten.

Aus der Partei.

Bei den Gemeinderatswahlen in Ilmenau (Thüringen), die am Donnerstag stattfanden, standen zehn Mandate zur Wahl, die sämtlich bisher in sozialdemokratischen Besitz waren. Unsere Partei war in Ilmenauer Gemeinderat ununterbrochen seit 1899 vertreten. Seit 1909 war die sozialdemokratische Mehrheit vorhanden, die erst 15 gegen 5 Bürgerliche betrug. 1911 rückte sich dieselbe jedoch auf 11 gegen 9. Dieses Mal sind nur zwei Sozialdemokraten gewählt. Acht Sitze gehen uns verloren! Gewählt sind die Genossen Pauwede und Schippe mit etwa 1850 Stimmen. Die höchste Stimmenzahl der Bürgerlichen beträgt 1066, also um 18 Stimmen bleiben die beiden gewählten Genossen gegen die Höchstzahl der Bürgerlichen zurück! Unsere unterlegenen Genossen bleiben nur um durchschnittlich 15 Stimmen in der

Minderheit. Mit der Wahlbeteiligung hat das Städtchen Ilmenau den bisher höchsten Rekord geschlagen: 99,8 Proz. haben gewählt! Es wurde alles herangezogen, was nur eintreffbar war auf den Wahlen halten konnte. Der Erfurter „Tribüne“ wird gemeldet, daß die aus naheliegenden Gründen in letzter Stunde eingereichten 60 bis 65 Bürgerrechtsgesuche der Sozialdemokraten nicht mehr berücksichtigt wurden, denn sie hätten die um nur einige Stimmen erreichte voraussetzliche „Mehrheit“ wieder illusorisch gemacht! Der Ilmenauer Gemeinderat wird in Zukunft voraussichtlich nur noch drei sozialdemokratische Mitglieder haben — aber die Sozialdemokratie marschiert auch in Ilmenau trotzdem, da wir auch diesmal wieder unsere Stimmenzahl ganz bedeutend steigern konnten!

Ein sonderbares Urteil. Bei der Beerdigung einer Genossin in Essen beteiligte sich der Frauen- und Mädchenchor unter Mitnahme seiner umflorten Fahne. Weil die Polizei in der Mitnahme der Fahne das Verbot für ein „außergewöhnliches Leichenbegängnis“ sah, erfolgte Anklage, die vor dem Schöffengericht mit Freisprechung endete. Auf die eingelegte Berufung vertagte die Strafkammer den ersten Termin, um im zweiten die Fahne auf ihre Staatsgefährlichkeit in Augenschein zu nehmen. Da diese Inaugenscheinnahme nichts Befassendes ergab, weil auch am Grabe keine Leichenbegängnis“ nichts zu machen. Da aber die umflorte Fahne auf dem Rückweg den Mitgliedern vorangetragen wurde, sah das Gericht in diesem Rückmarsch einen nicht genehmigten Aufzug und verhängte eine Strafe von drei Mark.

Kommunalwahltag. In Zeitz eroberten die Sozialdemokraten vor zwei Jahren die letzten drei Sitze der dritten Abteilung. Bei der am Freitag und Sonnabend vorgenommenen Erstwahl verteidigten sie erfolgreich vier Sitze. Die sozialdemokratischen Kandidaten erhielten 1757 Stimmen, während es die vereinigten Gegner auf 1290 Stimmen brachten.

Soziales.

Die Berliner Handelsangestellten zum Gesetzesentwurf über die Sonntagsruhe. Drei Kundgebungen gegen den Regierungsentwurf zur Verhandlung der Sonntagsruhe und für Einführung der vollständigen Sonntagsruhe fanden am 21. November in Berlin statt. Einberufen waren die Versammlungen vom Zentralverband der Handlungsgehilfen und vom Deutschen Transportarbeiterverband. Nach den Referaten wurde in allen Versammlungen folgende Entschließung einstimmig angenommen: Die heute tagende Versammlung von Handelsangestellten erhebt auf das entschiedenste Protest gegen die völlig unzureichende Art, in der die Reichsregierung durch ihren Gesetzesentwurf die Sonntagsruhe im Handelsgewerbe zu regeln gedenkt. Die Versammelten nehmen mit Befremden Kenntnis von der Tatsache, daß sich die Regierung zur Einführung der vollständigen Sonntagsruhe im Handelsgewerbe nicht entschließen kann, vielmehr auch jetzt wieder die Ausdehnung der Sonntagsruhe den Gemeinden übertragen will, die während der mehr als zwanzigjährigen Geltung der gegenwärtigen Sonntagsruhe-Bestimmungen gezeigt haben, daß sie nur in einer Minderzahl von Fällen den Erwartungen entsprochen haben, die man in ihre Tätigkeit gesetzt hatte. Die Versammelten bedauern weiter lebhaft die überaus zahlreichen Ausnahmegestaltungen, die der Gesetzesentwurf vorsieht und die geeignet sind, die Sonntagsruhe der Angestellten weiter zu beschränken. Ferner erregt es Befremden, daß für Verkaufsgeschäfte eine Arbeitszeit von vier Stunden zugelassen werden soll, die außerdem noch auf verschiedene Tageszeiten verteilt werden kann. Sie sind der Meinung, daß dieser Gesetzesentwurf so ziemlich alles zu wünschen übrig läßt, was die Handelsangestellten mit Recht verlangen können. Soweit die Gemeinden von dem Recht, die Sonntagsruhe vollständig zu gestalten, Gebrauch gemacht haben, hat sich gezeigt, daß diese Maßnahme den Handel an diesen Tagen in keiner Weise geschädigt hat, und man hätte darum erwarten können, daß die Regierung sich in ihrem Gesetzesentwurf an diesen fortschrittlichen Vorbildern gehalten hätte. Statt dessen erhalten wir einen Gesetzesentwurf, der mit der großen Zahl von Ausnahmegestaltungen geeignet ist, die Sachlage nur noch zu komplizieren, ohne den Handelsangestellten wesentliche Vorteile zu bringen. Die Versammelten fordern daher völliges Verbot der Sonntagsarbeit im Handelsgewerbe durch Reichsgesetz. Als einzige Ausnahme hielten auf die Dauer zwei zusammenhängende Vormittagsstunden in der Zeit von 7 bis 9 Uhr für den Verkauf von Badwaren, Milch, Fleisch und Eis zugelassen werden. Die Versammelten richten an den Reichstag und den Bundesrat das Ersuchen, den vorliegenden Gesetzesentwurf im Sinne dieser Forderungen zu gestalten und damit endlich auch den Handelsangestellten den so dringend notwendigen und seit mehreren Jahrzehnten geforderten freien Sonntag zu gewähren.

Die Eisenerz-Ortskrankenkassenwahl brachte den freien Gewerkschaften zufriedenstellenden Erfolg. Es fielen 2995 Stimmen auf die christlich-nationale, 2341 auf die freigewerkschaftliche, 422 auf die gelbe und 104 auf die hirsch-bundische Liste. Die Vertreterzahl stellt sich danach auf 28, 27, 4 und 1. Bei der Wahl vor 3 Jahren hatte der christlich-nationale Rubbelmuddel die weitaus überwiegende Zahl der nach Gruppen gewählten Vertreter erobert. Diesmal schleppten die Christlichen eine ungeheure Menge von Frauen heran; von 1400, die ihre Stimme abgaben, dürften weit über 1000 für die christlich-nationale Liste gestimmt haben. Das charakteristischste bei der Wahl ist die totale Niederlage der Gelben, die mit den größten Worten und Hoffnungen in den Wahlkampf zogen. Nach ihrem Auftreten hätte man annehmen dürfen, daß sie auf die meisten Stimmen und Vertreter rechnen. Ihre eklatante Niederlage ist ein erfreulicher Beweis dafür, daß auch in Essen die gelben Bäume nicht in den Himmel wachsen.

Die Privatbeamten im Bergbau. Ueber den Raubbau an Menschkraft im Bergbau bringt die neueste Nummer des „Technischen Grubenbeamten“ (Organ des Steigerverbandes) Tatsachen, die in erster Linie die Steiger angehen, darüber hinaus aber von hohem Allgemeininteresse sind. Spiegelt sich doch in den zur Stütze der gemachten Ausführungen gegebenen statistischen Daten die Wirkungen der modern-kapitalistischen Betriebsweise wieder, die seit etwa 15 Jahren im Bergbau besonders rücksichtslos forciert wird. Es wird zunächst gesagt, daß allein nach Kenntnis der Redaktion der „T. G.“ seit dem 20. November 1912, also binnen Jahresfrist, im Ruhrbergbau 23 Betriebsbeamte, meist Steiger und Jahressieger, tödlich verunglückt sind. Aus der Knappschätzstatistik wird mit geteilt, daß im Jahre 1912 801 Beamte verletzt wurden, darunter 29 tödlich. Da die Bureaubeamten an den Betriebsunfällen naturgemäß fast gar keinen Anteil haben, kommen die Unfälle fast sämtlich auf die technischen Beamten. Deren Gesamtzahl beträgt nach Schätzung des „T. G.“ höchstens 8500. Etwa zwei Drittel davon seien Steiger. Somit ist die Zahl der Unfälle unter den Steigern eine verhältnismäßig sehr hohe. Noch deutlicher zeigen sich die Wirkungen der „neuen“ Methode bei der Statistik, die das Steigerorgan nach amtlichen Quellen über die Erkrankungen und Invalidierungen der Beamten aufmacht. Im Jahre 1893 betrug die Zahl der Nervenerkrankungen 7,5 Prozent, die Zahl der Erkrankungen des Magens 33,5 Prozent. 1903 waren diese Verhältniszahlen bereits auf 17,7 bzw. 60,1 Prozent gestiegen.

Invaldisiert wurden durchschnittlich in den Jahren

	unter 30 Jahren	von 31-40	von 41-50	von 51-60	von 61 und mehr
1893-1897	0,0 %	4,7 %	16,6 %	49,6 %	29,6 %
1898-1902	0,5	3,8	19,4	48,8	28,0
1903-1907	1,1	8,8	22,4	34,8	33,9
1908-1912	1,2	9,4	22,4	39,2	27,8

Man sieht, die Invalidisierung erfolgt zunehmend in immer jüngeren Jahren, während die Zahl bzw. die Verhältniszahl in den beiden über 50 Jahre hinausgehenden Altersgruppen, besonders in der höchsten, fortgesetzt rapide sinkt. Eine Folge des „Reinigungsprozesses“, den besonders die großen Werke unter den über 60 Jahre alten Beamten vorgenommen haben. Ob die technischen Grubenbeamten, speziell die Steiger, bald in größerer Zahl die richtige Lehre aus diesen aufreizenden Tatsachen ziehen werden? Das Steigerorgan hofft es.

Die Sozialreformer und das gemeinliche Einigungsweien. Auf der Düsseldorf-Tagung der Gesellschaft für soziale Reform forderte am Sonnabend, dem zweiten Verhandlungstage, Professor Dr. Zimmermann die Einführung eines Prozessverfahrens, jedoch nicht des unpraktischen Zivilprozesses, für die Einigungsämter, die Vollstreckbarkeit der vor ihnen geschlossenen Verzinbarungen und die Einführung eines Instanzenzuges, als dessen oberste Instanz ein Reichseinigungsamt fungieren soll, über dessen Einrichtung Staatsminister v. Berlepsch Vorschläge machte. Mit besonderem Nachdruck erklärte dieser, daß in Zukunft Streits und Ausperrungen mit ihren verderbenden Folgen wenigstens nicht früher begonnen werden sollen, ehe nicht das Reichseinigungsamt vermittelt und beide Parteien ihre Haltung und die Ursachen des Konflikts vor dem Amt öffentlich dargelegt haben. In der sehr lebhaften Debatte glaubten einige Christliche über die „Unterdrückung“ des Guttenbergbundes durch den Buchdruckerverband klagen und die Tarifgemeinschaft angreifen zu sollen, was deren zweiter Vorsitzender Dr. Friedemann zurückwies. Beigeordneter Dr. Rath-Essen verlangte bei der Langsamkeit der Reichsgegesetzgebung Errichtung von Einigungsämtern auf dem Verwaltungswege und in den größeren Gemeinden. Genosse Winnig erklärte die grundsätzliche Zustimmung der freien Gewerkschaften zur Errichtung eines Reichseinigungsamtes; er verschwieg aber nicht das schwere Mißtrauen der Arbeiter gegen die heutige Bureaucratie. Frhr. v. Berlepsch freute sich sehr über die zustimmende Erklärung Winnigs, der hinzugefügt hatte, daß das Reichseinigungsamt natürlich die Klassenengezogenheit aufheben, wohl aber die Auseinandersetzungen humanisieren könne. Von den Unternehmervertretern sprach keiner, was auch ein Beweis dafür ist, wer den Frieden will. Frhr. v. Berlepsch erklärte kurz, man wisse ja, daß die Unternehmer vom Reichseinigungsamt nichts wissen wollten, weil sie von den Arbeiterorganisationen nichts wissen wollen — aber ohne Organisation sei eine glückliche Gestaltung der Produktionsverhältnisse gar nicht möglich!

Aus dem Gerichtssaal.

Lieber Zuchthäuser als Soldat! Um schleunigst aus dem Soldatenstande entfernt zu werden, hat der Arbeitssoldat Böhlert von der Dresdener Militär-Arbeiterabteilung hartnäckig und beharrlich den militärischen Gehorsam verweigert. In einer an interessanten Momenten reichen Verhandlung hatte sich Böhlert jetzt vor dem Dresdener Kriegsausschuß zu verantworten. Er wurde gefesselt aus der Untersuchungskast vorgeführt und neben ihm nahmen an jeder Seite je ein Untersuchungsgefängener Platz, um einen tätlichen Angriff gegen Vorgesetzte zu vermeiden. Gleich zu Beginn der Verhandlung erklärte Böhlert, daß er auf keine Frage antwortet, wenn ihm die Hand schellen nicht abgenommen werden. Der Verhandlungsführer ordnete die Abnahme der Handschellen an, stellte aber sofortige Hesseung in Aussicht, wenn Widersprechlichkeiten vorkämen. Böhlert wurde im Herbst v. J. als mangelhaft erzogener und haltloser Mensch beim Militär eingestellt. Der militärischen Zucht und Ordnung stand er von Anfang an mit großer Abneigung gegenüber, weshalb er sich eine Disziplinarstrafe zuzog und bald danach als „schlechtes, disziplinschädigendes Element“ in die Arbeiterabteilung kam. Dort wurde seine Antipathie gegen den bunten Rod immer größer, das Militär sagte ihm nicht mehr zu und so unternahm er dann in der Nacht zum 4. Juli einen offenbar lange vorbereiteten Ausbruch. Mit einem selbstgefertigten Schlüssel öffnete er nachts mehrere Türen, drang in das Geschäftszimmer ein, legte die Uniform eines eingekerkerten Soldaten an und gelangte nach Überwindung einiger Hindernisse ins Freie. Nach einigen Wochen wurde Böhlert in Limburg als Bettler festgenommen. Er legte sich einen falschen Namen zu und erzielte auch, daß er auf diesen Namen befristet wurde. Erst später entdeckte man in ihn den Deserteur. Gleich bei der Einlieferung ins Militäruntersuchungsgefängnis erklärte er, daß er kein Soldat mehr sei und Gehorsam nicht leisten werde. Am 6. September wurde er erstmalig vom Oberleutnant kontrolliert, dabei nahm Böhlert keine Stellung ein, murmelte vor sich hin und gab keine Auskunft; auch den Arzt betrachtete er nicht als seinen Vorgesetzten. Als ihm befohlen wurde, die Hände anzulegen und „Arbeitsfeldat Böhlert“ zu melden, erklärte er: „Das habe ich nicht nötig, ich habe schon mal gesagt, ich tue es nicht, und das genügt, auch bin ich kein Arbeitsfeldat!“ Derartige und ähnliche Vorgänge wiederholten sich bei allen Revisionen. Im November unternahm Böhlert einen Ausbruchversuch; als man ihn aber überführte, ließ er sich ruhig wieder abführen. Im Anschluß daran verweigerte er die Nahrungsaufnahme. Einem Arzt erklärte er mal auf die Frage, warum er sich nicht krank gemeldet habe: „Ich habe eine gewisse Angst vor den Grobheiten, die man nur kriegt!“ Der Gericht gab er auf viele Fragen keine Antwort und sagte, man solle ihn nur bestrafen. Als ihm der Verhandlungsführer entgegenhielt, daß der Gehorsam mit zur militärischen Erziehung gehöre, meinte Böhlert, die militärische Erziehung sei eine recht komische Erziehung! Der ärztliche Sachverständige hielt den Angeklagten für verantwortlich. Nach dem Plädoyer des Anklagevertreters, der 3 1/2 Jahre Gefängnis beantragte, sagte Böhlert: „Es hat gar keinen Zweck, wenn ich nicht ins Zuchthaus komme oder aus dem Heere entfernt werde, denn ich bin kein Soldat mehr, fühle mich auch nicht als Soldat und werde auch nicht gehorchen, ich treibe es schließlich denn doch noch so weit!“ Das Urteil lautete auf 4 Jahre Zuchthaus, Verlegung in die zweite Klasse des Soldatenstandes und Entfernung aus dem Heere. Böhlert erklärte sich bereit die Strafe sofort anzutreten, und bezeichnete es als Unfinn, daß er nur noch solange Soldat sein müsse, bis das Urteil Rechtskraft erlangt hat. — Aber sein Wunsch ist erfüllt!

Der Eid des gräflichen Offiziers. Die Strafkammer zu Frankfurt a. M. verurteilte am Sonnabend den ehemaligen Bezirkskommandeur Grafen Herzberg wegen Betruges und fahrlässigen Falschheidens zu zwei Jahren Gefängnis. Der Verurteilte gehörte dem aktiven Heer bis 1900 an und war dann als Offizier bis 1911 dem Bezirkskommando

